

Ersteinstklassige
nachmitt. mit Ausnahm.
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 80 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 6.00 Mk. (Post- und
Versandkosten). Durch die Post
bestellen. 1.00 Mk. mehr.
vierteljährlich 10 Pf.
jährlich 3.00 Pf.

Die Neue Welt
(Anschaffungsbeilage)
durch die Post nicht bestellbar,
aber monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Verleger Dr. 1047.
Telegraphen-Adresse:
Postkolonial Halle/Saale.

WELT

Infektionsgebühr
betragt für die 900 Personen
entsprechend über deren Namen
80 Pfennig.
Für unangetragene Anzeigen
im rezeptionsfreien Gebiet
betragt die Beitrags 75 Pfennig.

Interesse
Die die längste Nummer
müssen spätestens bis 10 Uhr
mittags zum 10. März der
Erscheinungstage
eingetragen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1 1/2 Uhr mittags.

Vorwärts! Vorwärts!

Günstig ist die Zeit, um viele Laufende, die noch fern stehen, als Mitkämpfer im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das beste Mittel, um die Aufklärung über die politischen und wirtschaftlichen Ausgaben in die Massen zu tragen, ist die Zeitung, die von der Arbeiterklasse geschaffen ist, die der Arbeiterklasse gehört, die kein anderes Ziel kennt, als die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu fördern.

Also auf hat jetzt vor dem Vierteljahrwechsel mehr denn je die Lösung: Werbet und wirbt für das

Volksblatt.

Das arbeitende Volk Deutschlands geht großen Entschleunungen entgegen. Es muß entschlossen werden, die in den Mächten der Unterdrückung und der Macht des Fortschritts und der Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus!

Dort steht der konservative Junker. Er schwingt die Krone über den Landarbeitern. Er plündert das ganze deutsche Volk durch Wundersätze und Viebesgaben. Er herrscht über die Arme und die Verwaltung. Er entredet die arbeitenden Klassen überall.

Dort steht die Kirche. Sie unterdrückt jede freie geistige Bewegung. Sie hält das Volk am Gängelband veralteten Aberglaubens. Sie will das Volk zähmen, so daß es sich unterwürfig allen Bedrückungen der irdischen Mächtigen fügt.

Dort steht das Kapital. Es kauft Millionengewinne. Es hält die Massen in Abhängigkeit und Dürftigkeit. Es hindert die wertvollste Arbeit, ihren Ertrag zu gewinnen. Es benutzt aus bis auf Blut und bedröht den Proletariat, der sich seinen Zumutungen widersetzt, mit Not und Hunger.

Dort steht der Staat und die Regierungen. Ein Spielball zwischen Junker und Pflaffe und Kapital. Kein unparteiischer, kein väterlicher Staat. Nein: eine gepanzerte Faust, um den Kulturraub der arbeitenden Massen zu hemmen.

Arbeitendes Volk! Hast du von all diesen Mächten irgend etwas zu hoffen? Haben sie dich nicht in den letzten Jahren wieder mit Steuern bis an den Hals gepackt? Haben sie dir nicht den Rücken blutig geschlagen, damit du dich nicht erheben, damit du nicht frei werden sollst?

Arbeiter, Arbeiterfrauen — ihr sehet um euch eine Welt des Reichums, die ihr mit eurer harten Arbeit täglich vermehrt. Aber wird euch euer Anteil an den Schöpfungen eurer Arbeit? Nicht ihr nicht inmitten des riesig wachsenden gesellschaftlichen Reichums allzu kümmerlich euch einschränken und darben? Müßen die Familien des arbeitenden Volkes nicht mit dem Nöthigen larmen? Müßen die Kinder nicht genügende Nahrung und geistige Ausbildung entbehren? Seid ihr nicht allenthalben entredet? In der Fabrik vom Kapital, als Steuerzahler vom Staat, als Wohnungsmieter von den Besitzern des Grund und Bodens! Ihr zachtet zeit Lebens, aber ihr bleibt immer abhängig und besitzlos!

Die Sozialdemokratie allein führt den heiligen Krieg gegen alle diese gesellschaftlichen Mächte. Sie will das arbeitende Volk aus Entdrückung und Not emporschieben auf die Höhe freier menschlichen Lebens. Das ist der große Kampf unserer Zeit.

Da ist es Pflicht jedes denkenden Mannes, jeder einsichtsvollen Frau, in diesem Kampfe mitzugehen. Und die erste Voraussetzung für des Kampfes gutes Gelingen ist die weitere Ausbreitung der Kampfeszeitung der Arbeiterklasse.

Wohlan! Genossen und Genossinnen, nühet die günstige Zeit, um in stets weiteren Kreisen eure Zeitung heimisch zu machen. Agitiert unermüdet für das

Volksblatt.

Eine Rede Bebel's.

Eine gute politische Uebersicht.

Wie gemeldet, hielt Genosse Aug. Bebel vor seinen Wählern in Hamburg eine beachtliche Rede, in der er über die innere Lage, die „Blod“bildungen, das Finanz- und Steuerwesen, die Kriegsrüstungen, die Abrüstungsfrage, die Wahlstatistik u. s. w. sprach. Die Rede wird besonders in der liberalen Presse viel besprochen, da die Verhältnisse in ihrer rohen Klarheit geklärt hatten, die Sozialdemokratie werde bei den Wahlen in jenen Kreisen keine Kandidaten aufstellen, in denen ein Liberaler gegen einen Junker oder Zentrumsmann „bessere Aussichten“ habe. Diefen Bahnhinn hat die Parteipresse bereits durch großes Gelächter entgegen, aber Genosse Bebel hat die trotzdem wieder aufreißenden Hoffnungsmeile noch einmal mit Eisenhammer überossen — behalbs die Enttäuschung der Liberalen.

Für die Sozialdemokratie find Wahlkampf und Wahlen nur Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse vom Kapitalismus. Das bleibt bestehen!

Im übrigen freut es uns, die klare und frische Rede unseres bewährten Vorkämpfers unseren Genossen in ziemlicher Ausdehnung mitteilen zu können. Bebel führte, nach dem Bericht des Hamb. Echo, etwa aus:

Nach der letzten Reichstagsauslösung 1907 waren wir, das geteile ich offen, alle ein wenig zu hoffnungsvoll. Wir glaubten, das Volk in seiner großen Mehrheit werde die Taktik billigen, die wir im Reichstag der Regierung gegenüber befolgt hatten. Es kam anders. Wilow verurteilte, aus Konföderativen und Liberalen eine neue Mehrheit, den sogenannten Wilowblock, zu bilden. Und mit Hilfe von M. A. H. beeiufußung, wie sie sich zu Hilmarsd. Zeiten nicht bagewinnen, gelang der Coup. Freilich konnte der Bund zwischen Konföderativen und Liberalen, die sich seit Jahrzehnten aufs schärfste bekämpften, nicht von Dauer sein. Der alte Träger hatte recht, als er dieses unnatürliche Bündnis eine Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen nannte. (Geisterzeit.) Man brachte zwar das neue Vereinigef und einige andere Gesetze, die etwas nach Liberalismus schmecken, zustande. Sobald es sich aber darum handelte, die Reichsfinanz zu reformieren, kam es zum Bruch. Regierung und Liberalen waren sich einig geworden, daß 100 Millionen durch direkte Steuern, vornehmlich durch die Erbschaftsteuer aufgebracht werden sollten. In zweifelhaft ist auch die Erbschaftsteuer eine der gerechtesten Steuern, die es gibt. Schon deshalb, weil sie gefaltet, diejenigen zu lassen, die bei Lebzeiten durch Steuerhinterziehung den Staat betrogen haben. Diese Steuer ging aber den Konföderativen und dem Zentrum, das doch nach den Lehren Christi gerade dafür eintreten müßte, daß die Reichen belastet und die Armen gelohnt werden, wider den Strich. Es kamen dann die neuen in die rechten Steuererforderungen zustande, die 400 Millionen Mark jährlich einbringen sollen, aber nach dem Urteil von Sachverständigen bei weitem nicht einbringen werden. Viele neuen Steuern haben auf verschiedene Zweige unserer Industrie geradezu verheerend gewirkt. Das Reich sieht sich jetzt genötigt, einen Teil der neuen Steuereinnahmen zur Unterstützung von Arbeitern zu verwenden, die durch diese Steuern erpressungslos geworden sind. Diese sogenannte Steuerreform kann gar nicht scharf genug verurteilt werden. Sie ist ein Verbrechen an deutschen Volke. (Beifall und Weisfall.) Wenn alle 500 Millionen Mark, die das Reich braucht, auf dem Wege der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer aufgebracht werden können, so wäre das bei dem heutigen Stande unseres Nationalvermögens ganz gut möglich gewesen. Man prahlt ja sonst so gern damit, daß das deutsche Volk alljährlich um 400 Millionen Mark reicher wird. Ich glaube allerdings nicht, daß viel von diesem Reichum sich in 3 bis 4 Jahren verliert hat. (Geisterzeit und Zustimmung.) Es trifft auf unsere Verhältnisse das Wort zu, das im englischen Parlament einmal ein Redner aussprach, indem er sagte, daß der ganze herausgehende Reichum der Nation sich beschränkt auf die bedürftigen Klassen.

Nun ist man bei uns mit der indirekten Versteuerung so weit gegangen, daß kaum noch ein Massenkonsumartikel als Steuerquelle in Frage kommen kann, wenn man nicht am Ende auch noch Wasser und Luft besteuern will. Es gibt keine indirekte Steuerquelle mehr, die genug einbringen könnte, um das Loch im Reichsäckel zu füllen. Das ist auch die Regierung und Liberalen ein, und behalbs ihr Reformvorschlages, der von den Konföderativen und vom Zentrum abgelehnt wurde. Damit hatten sich diese beiden Parteien, die ihrer Natur nach zusammengehören, wiedergefunden. Das bishigen Katholizismus oder Protektantismus hat nie eine große Rolle als trennendes Moment zwischen beiden gespielt. Beide sind sich darin einig, daß das Volk unterdrückt und die Massen ausgebeutet werden müssen. Darin find sich beide gleich: die Junker und die Pfaffen. (Zustimmung.) Und es gibt hochgeleitete Personen bei uns, die gern katolisch würden, wenn sie nur auch gleich Kardinal oder Papst werden könnten. (Große Geisterzeit und Bravo!)

Man hat 1907 gesagt, es komme nicht darauf an, ob man den Feind nach der Regel schlägt, wenn man ihn nur schlägt, daß er links am Ende stehen können. Der König von Sachsen ätzerte damals sogar den Geist des seligen Outen, indem er äußerte: jetzt ist es eine Lust zu leben! 1908 hat er das nicht gesagt, und 1912 wird er es wohl auch nicht wieder sagen. (Sehr

gut und Geisterzeit.) Man hat schon oft geklagt, man habe uns vernichtet, aber man hat sich noch jedesmal getuschelt. Wir sind wie der Kal, wenn man uns an einem Ende laßt, schlüpfen wir am anderen Ende durch. (Geisterzeit.) Nicht, daß wir als einzelne unüberwindlich wären. Ich hide mir nicht ein, daß wir etwas Besseres sind als die Angehörigen anderer Parteien. Aber die Stellung, die das Proletariat in der heutigen Gesellschaft einnimmt, die sorgt dafür, daß die Sozialdemokratie desto besser wächst und gedeiht, je länger die bürgerliche Gesellschaftsordnung besteht. Die bürgerliche Gesellschaft befindet sich in beständiger Revolution. Das ist eine Revolution, bei der kein Volk steht, bei der aber außerordentlich viel Geld umlage tritt. Vor einem Menschenalter war Deutschlands Bevölkerung noch am größten Teil bäuerlich. Der Bauer aber ist seiner Natur nach konservativ. Zwischen hat eine vollständige Umwälzung stattgefunden. Während die Bevölkerungszahl selbst enorm gewachsen ist, ist der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung zurückgegangen und beträgt heute schon lange nicht mehr die Hälfte. Nach der letzten Volkszählung waren von je 1000 Erwerbstätigen nicht weniger als 724 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiterschaft bildet also nahezu drei Viertel der Gesamtbevölkerung. Das von diesen Arbeitern und Arbeiterinnen heute noch sehr viele den bürgerlichen Parteien nachlaufen, wissen wir. Aber das Proletariat ist seiner Natur nach revolutionär, und in demselben Maße wie die bürgerliche Gesellschaft weiter existiert, muß auch die Sozialdemokratie an Boden gewinnen.

Die Notwendigkeit der Finanzreform ergab sich aus der Entwicklung, die das Deutsche Reich seit 1870 genommen hat. 1872 schrieb die Vöfische Zeitung, die Militärleistungen seien kaum noch zu tragen. Damals betragen die Entsch des Heeres, der Marine, der Pensionen und der Schuldentilgung zusammen 308 Millionen Mark. Im Staatsjahr 1911 beträgt die Gesamtsumme der vier Entsch 1543 Millionen Mark. Der Aufwand ist also um das 5-fache so gewachsen. Während sich die Bevölkerung um 57 Prozent vermehrt, sind die Militär- und Marineausgaben um 500 Prozent gewachsen. (Große Bewegung.) Außerdem haben wir jetzt wieder eine neue Militärvorlage verabschiedet, die jährlich 141 Millionen Mark mehrkosten verursacht. Dabei klagen die Neubildeten aus der Kriegszeit, daß sie bei der Teuerung mit ihren Renten nicht mehr auskommen. Die einfachen Soldaten erhalten immer noch die vor 40 Jahren ihren kaiserlichen Sold von 22 Pf. pro Tag, Interoffiziere und Offiziere haben wiederholt Zulagen erhalten, den armen Soldaten hat man sie verweigert. (Entrüstete Zwischenrufe.) Die Sozialdemokraten hatten beantragt, dem Sold auf 32 Pf. pro Tag zu erhöhen, das betrug dem Reich jährlich 15 Millionen Mark Mehrausgaben verursacht. Das wurde abgelehnt. Nur die Uebernahme der Rumpfmaterialeffekten auf das Reich wurde bewilligt.

Die neuen Steuererfolge haben noch eine andere ungeantete Wirkung gehabt. Durch die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel sind die Beamten nicht mehr in der Lage, mit ihren Gehältern auszukommen. Von Staat und Gemeinden mußten Gehaltsaufbesserungen bewilligt werden. Denn mit Verteuerung hatte ja 1907 Wilow die Beamtenstimmen für die bürgerlichen Parteien gefördert. Aber dem Staat und den Gemeinden sind daraus Mehrausgaben erwachsen, die in die Summe der Millionen gehen. Dadurch wird die ganze Finanzreform ein Schlag ins Wasser. Arbeiter Sozialdemokraten haben beantragt, dem Sold auf 32 Pf. pro Tag zu erhöhen, das betrug dem Reich jährlich 15 Millionen Mark Mehrausgaben verursacht. Das wurde abgelehnt. Nur die Uebernahme der Rumpfmaterialeffekten auf das Reich wurde bewilligt.

Agarisch ist jetzt wieder Trumpf in Deutschland. Den Junkern wird alles, was sie wünschen, von der Regierung entgegengebracht. Ihnen zu Liebe wurde auch der Zentritätssachweis aufgehoben. Das war die Vorfrist, nach welcher nachgewiesen werden mußte, daß das fremde Getreide, für welches bei der Wiedereinführung der Einfuhrzoll vergütet wird, auch wirklich vom Auslande stammt. Diese Vorfrist ist jetzt aufgehoben und die Folge ist, daß ungeheure Mengen von ausländischem Getreide von unsern Agariern ausgeführt werden, wofür sie sich die Zollvergütung zahlen lassen, obwohl für dieses Getreide gar kein Zoll gezahlt worden ist. Für diese Weise soll das Reich den Agariern alljährlich viele Millionen dafür, daß sie durch Getreideausfuhr dem Volke das Brotgetreide künstlich verteuern.

Die Zentrumskassette hatten, demagogisch wie sie sind, bei der Beratung des Zolltarifs beantragt, daß aus dem Mehreinnahmen an Zöllen ein Fonds zur Waisen- und Waisenunterstützung der Arbeiter aufgestellt werde. Dieser schöne Plan ist durch das schlaue Manöver der Einfuhrzölle vereitelt worden. Statt der 400 Millionen, auf die man gerechnet hatte, stehen für die Waisen und Waisen heute erst — 47 Millionen zur Verfügung.

Trotz Finanzreform ist heute wieder kein Geld in der Reichskasse. Der Reichsfinanzminister sucht an allen Ecken zu sparen. Es sind im laufenden Etat circa 100 Millionen bei den verschiedenen Ministereien abgehufen. Aber diese Ausgaben werden im nächsten Jahre wieder kommen und dann müssen sie bewilligt werden. Dann wird nichts übrig bleiben, als neue Steuerquellen zu erschließen. Wohl aber ober abel wird man sich zum Ausbau der Erbschaftsteuer entschließen müssen. Was heute in deutschen Einzelstaaten an Erbschaftsteuer aufgebracht wird, ist ein Kinderpein gegen

das, was das in dieser Beziehung vorbildliche England einnimmt. Obwohl England 20 Millionen weniger Einwohner hat und Einkommen unter 2300 Mrd. Reichsfr. läßt, nimmt es aus Einkommen, Vermögen- und Erbschaftsteuern 1200 Mrd. an Steuern ein. Das zeigt, daß noch heranzuziehen ist, wenn man die Kapitalsteuern gekürzt (Steuerfrei) sei, wenn wir alles auf Pump gemacht. Wohin soll das führen? Dazu kommen die ungeheuren Kriegskosten, die durch die steigenden Ausgaben für Meer und Flotte immer größer werden. Es gibt freilich Leute, denen diese Vermehrung der Rüstungen noch nicht schnell genug geht und die es als „nationales Unglück“ bezeichnen, wenn wir noch weitere 40 Jahre Frieden hätten. Wenn das wahr sein soll, dann ist nicht zu verstehen, warum die Staatsoberhäupter formidabel betonen, sie wollten den Frieden erhalten. Die Arbeiter bringen übrigens schon in Friedenszeiten dem Vaterland zu große Opfer, daß sie nicht des Krieges bedürfen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dem deutschen Arbeiterkrieg hat das deutsche Volk 130 000 Mann verloren. Aber erst 1870 sind brisigmal so viel deutsche Arbeiter durch Betriebsunfälle um Leben und Gesundheit gekommen. (Bewegung.) Wäre der Krieg wirklich eine Wohltat für die Völker, wie der Feldmarschall Moltke einmal behauptet hat, dann müßte alle paar Jahre einer angefangen werden. Aber davon sprechen selbst unsere Regierungen zurück.

Nun stelle man sich vor, welche Verrüttung ein moderner europäischer Krieg vom ersten Tage der Mobilisierung an im Geschehe haben würde. Die Abwertung der Lebensmittelpreise vom Auslande her und die Ernüchterung der zu den Waffen einberufenen Mannschaften würde die Lebensmittelpreise derart erheben, daß schon nach vierzehn Tagen allgemeine Hungernot die unausbleibliche Folge wäre. Das Reich müßte die Familien der im Krieg fehlenden Weisern und Landbesitzern unterstützen. Der Zahl der hungernden Gefangenen nach zu schließen. Das war schon 1870 so und würde in einem zukünftigen Kriege noch viel schrecklicher werden. Wenn Deutschlands Aus- und Einfuhr im Jahr 1870 auf mehr als das doppelte gestiegen. Als im Jahre 1905 folgten gegenüber diese Tatsachen anführte und erklärte: hinter jedem zukünftigen Kriege lauert die Revolution, das Volk wird oft zu und antwortete: Eben deshalb machen wir keinen Krieg. Dann erhebt sich aber die Frage: Weshalb geschieht nicht alles, um den Ausbruch eines Krieges überhaupt zu verhindern? (Belebte Zustimmung.) Statt sich mit dieser Frage zu beschäftigen, läßt unsere Regierung, wie der Erlaß des Generals Visiting gezeigt hat, nur darauf, was sie im Falle eines Krieges gegen die Sozialdemokratie unternehmen will. Nach diesem Erlaß, der übrigens für die ganze Armee gilt, sollen bei Ausbruch eines Krieges alle sozialdemokratischen Abgeordneten, Parteiführer, Abgeordnete, Führer ganzer Gewerkschaften (Belebte Zustimmung) verhaftet werden. Das wäre aber die größte Unmenschlichkeit, die man begangen könnte, denn gerade diese Personen sind ja heutzutage das Volk von gefährlichen Unbesonnenheiten zurückzuführen. Sperrt man sie ein, so wird auch die Menge unglücklicher Leiden und es wird erst recht zu Unruhen kommen. (Sehr richtig!) Das Katastrophe ist aber noch, daß es auch im Jahre 1905 so viele Sozialdemokraten gibt. Will man etwa, während die aktiven Truppen an den Grenzen stehen, die Verwaltung der Sozialdemokratie dem Land überlassen? (Große Heiterkeit.) Bei den nächsten Wahlen werden wir es auf vier Millionen Anhänger bringen. Wie will man da noch verhindern, daß der Sozialismus auch in die Arme eindringt? (Belebte Heiterkeit.)

Es wird immer unmöglicher, künftig noch große Kriege gegen den Willen der Nation zu führen. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, wenn die fortgeschrittenen Staaten untereinander eine Verständigung über eine allmähliche Neutralität herbeiführen werden. In der französischen Kammer hat man kürzlich eine bedeutende Resolution angenommen, in England haben die sozialistischen Abgeordneten einen Antrag in gleicher Richtung eingebracht. Man wird dazu kommen müssen, diesen Anträgen zuzustimmen, um den Willen der bürgerlichen Gesellschaft aufzuhalten. Letzterreich-Lingen hat neuerlich beschlossen, sich eine große Kriegsstärke zuzulegen. Vier Dreadnoughts sollten gebaut werden, die das Land mit 1500 Millionen Kronen Verbrauchsgegenstände belasten. Kaum war dies geschehen, als Stellen 600 Millionen für Dreadnoughts bewilligte, und England beantwortete das damit, daß es sieben neue Dreadnoughts auf Stapel legte. Die englische Bourgeoisie sagt sich aber wenigstens: für den Staat unter Staat, so wollen wir auch die Kosten zu seiner Erhaltung selbst tragen. Wenn England die von den Konföderativen geforderte Sozialpolitik einführt, konnte es mit einem Schläge Hunderte von Millionen an neuen Staatseinnahmen gewinnen. Aber das wollen die Liberalen, die jetzt am Ruder sind, nicht, und also treten die Arbeiter für eine Beschränkung der Kriegsausgaben ein, einen neuen Mann in die Arme einzustellen, noch einen Frank mehr Steuern auszugeben. Denn die französische Bourgeoisie strebt sich gegen Erhöhung der direkten Steuern. Frankreich und England werden also über kurz oder lang in Verhandlungen über Verminderung der Kriegsausgaben eintreten. Amerika ist ebenfalls dazu geneigt.

Die Abrüstung ist heute möglich, wenn man sie nur ernstlich will. Die Frage der Entlassung kann dabei nicht in Frage kommen. Es hätte gar keinen Zweck, darüber zu streiten, ob dieses oder jenes Land mehr oder weniger Kanonen, Gewehre, Luftschiffe, Unterseeboote usw. haben soll. Man wird einen anderen Weg einschlagen müssen. Meines Erachtens ist dieser Weg folgender: Die Staaten verpflichten sich, den status quo, das heißt ihren jetzigen Vorrat, als gegeben anzuerkennen. Die Franzosen müßten sich mit der Abwertung Kriegszugangs endlich einverstanden erklären. Ich bin sicher, daß es heute noch kein Land gibt, das sich in diesem Punkte, ausser das ganz gemächliche Kriegsmittelstreben bezogen ist. Aber das kann uns nicht hindern, heute den gegenwärtigen Stand der Dinge anzuerkennen und zu verlangen, auch an dem heutigen Verstand der Staaten, auch an den Kolonien, nichts geändert wird. Dann müßte ein Übereinkommen darüber geschlossen werden, daß zur Schlichtung von Streitfragen, wie sie jetzt entstanden sind wegen der Bagdadbahn, mit der Deutschland zweifellos ein großes Kulturwerk leistet, unparteiische Schiedsgerichte eingesetzt werden, deren Schiedsrichter jede Nation sich zu wählen hat. Die Rüstungen selbst könnten nur in der Weise eingeschränkt werden, daß jeder festgelegt wird: kein Staat darf mehr für Meer und Marine aufwenden, als im Jahr 1911, dafür vorgesehen ist. Im nächsten Jahre würde dann der Etat vom 1. Januar an maßgebend sein, also für die Jahre 1911 bis 1910, für 1911 bis 1909 und so fort. So könnten die Staaten nach und nach alle sich von der Last befreien, die jetzt ihren Wohlstand bedroht. Die Hauptsache ist, daß die Mittel für die Rüstungen beschränkt werden; ohne dies ist keine Verständigung möglich. Nun würde es freilich nicht an heftigen Widerstand gegen solche Abrüstungspläne fehlen, namentlich von Seiten der

Waffenlieferanten, die an den Rüstungen 13 re Reichtümer verdienen. Der Eifer, mit dem diese Leute heute schon das Betreten zu beseligenen suchen, gibt uns eine Vorstellung davon. Dazu kommt, daß ein großer Teil des Bürgertums selbst keine Erinnerung der Veres wünscht, weil es für seine eigene Verantwortung zu stellen findet. Aber auf der anderen Seite sieht sich die bürgerliche Gesellschaft doch vor die Notwendigkeit gestellt, mit diesem Eifer zu brechen, und wir werden alles tun, um sie zu zwingen, daß sie damit bricht. (Beifall.)

Der neue Reichstag wird auch die Frage der Handelsverträge wieder zu prüfen haben. Was wir 1902 probezeitlich, unter dem jetzigen Zolltarif in vollem Maße eingeführt. Die Verbesserung leidet unter tolofaller Zuerung. Aber es darf nicht übersehen werden, daß durch diese Returierung der Handelsverträge der Grund und Boden für die Landwirtschaft bedeutend an Wert gewonnen hat. Diese Preise werden sich mit aller Macht dagegen wehren, daß die Lebensmittelpreise herabgedrückt werden. Was es mit der Sozialpolitik ist, ist allbekannt. Das Arbeiterkammergesetz ist so schlecht, das Seimarbeitergesetz wird nicht zur Geltung kommen. Die Reichsversicherungsordnung ist durch die Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts für die Arbeiterschaft unannehmbar geworden. Die Verwaltungsämter sind durch eine Verwaltungsordnung aus dem Reich zu fesseln. Das Volk wird alles aufbeistehen müssen, um einen Reichstag zu bekommen, der bessere zustande bringt. Die Neuwahlen werden, wie nun bestimmt festzuhalten scheint, erst im Januar 1912 stattfinden. Die Regierung will durch einen Herbstession noch die neuen Justizgesetze durchdrücken. Ob ihr das gelingt, ist zweifelhaft.

Für uns ist noch wichtig die Frage der Wahlhintergründe. Man hat an Stelle des vertriebenen Wahlrechts einen Großhaufen von Vorkammern bis Vebel vorgeschlagen. Der Vorkammern und der Wahl sind sich einig darüber, daß das Unfinn ist. (Belebte Zustimmung.) Zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen bestehen grundsätzliche Unterschiede, die sich nicht ohne weiteres überbrücken lassen. Außer dem, daß wir nichts von unsen Feindzügen preisgeben wollen, sind die Nationalliberalen nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, viel zu unzuverlässig, als daß wir ihnen trauen könnten. (Belebte Zustimmung.) Deshalb habe ich mich gegenüber dem Wahlausfall von Gießen-Widda, denn es schadet gar nichts, wenn wir hin und wieder eine solche Ohreige bekommen.

Wir dürfen nicht glauben, daß wir gleich die ganze Hand nehmen können. Wenn man uns einmal den Kleinen Finger zeigt, es gibt auch noch viel unter uns, die gemeint haben, wir sollten uns in allen Dingen in denen wir nicht einig können, von vornherein für die Liberalen stimmen. Der volle Vorkammern, dem beizuhilfen, daß er vom eigenen Vollen der Partei keine Ablung hat. Wer einen derartigen Vorkammern auf einem Parteitag machen wollte, dem würde ein Empfang bereitet werden, wie er noch keinem bereitet wurde. Für uns sind nicht die Mandate, sondern die Stimmen die Hauptsache! (Belebte Zustimmung.) Als wir in den jetzigen Reichstag mit 43 Mann eingezogen — unterdessen sind es wieder 52 geworden — sagte ich mir: es geht auch so ganz gut. Wir wollen bei der Wahl vor allen Dingen wissen, wo unsere Freunde stehen, wir wollen konstatieren, wie unsere Agitation gewirkt hat und wie das sozialdemokratische Feuer weiter und weiter schießt in die entlegenen Gegenden. Wir sind vier Millionen Stimmen und 50 Mandate viel besser als drei Millionen Stimmen und 100 Mandate. Eine Partei wie die untrike, die eine neue Gesellschaftsordnung schaffen, die ganze heutige Wirtschaft umgestalten will, muß, wenn sie in den Kampf geht, vor allen Dingen wissen, wie groß die Zahl ihrer ist, die hinter ihr stehen. Das ist eine Frage, die uns weiter mehr interessiert wie die Frage nach der Zahl der Mandate.

Bei den Stichwahlen sind unsere Ansprüche an die bürgerlichen Kandidaten, die wir unterstützen wollen, notgedrungen immer bescheidener geworden, weil die bürgerliche Opposition immer unzuverlässiger geworden ist. Es gibt heute keine bürgerliche Partei mehr, die in bestimmten Fragen für uns früher mit uns übereinstimmt. Aber als mindestens müssen wir verlangen, daß ein Kandidat, der unsere Stimmen in der Stichwahl haben will, uns voll verpflichtet, erstens für Aufrechterhaltung des Reichsgesamtwahlrechts, zweitens gegen jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, drittens gegen jedes Ausnahmeergesetz, das sich gegen die Arbeiterklasse richten könnte, eintritt. Tut er das nicht, so sind wir für ihn nicht zu haben. (Belebte Heiterkeit.)

Die Situation ist tiefen. Das parlamentarische Versprechen bezüglich der Reform des preussischen Wahlrechts ist noch nicht eingeholt. Die Reaktion auf allen Gebieten nimmt zu. Die einzige Hoffnung, auf eine gesunde, geordnete und erfreuliche Einsetzung unserer politischen Zustände beruht auf der Arbeiterschaft und wir dürfen erwarten, daß sie bei den Neuwahlen zum Reichstag ihren Ausdruck finden wird. (Langanhaltender, brausender Beifall.)

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 29. März 1911.

Sagow und der Knüppel.

Aus Berlin wird uns berichtet: Herr v. Sagow hat schon wieder einen Sieg errufen. Die dritte Strafkammer des Landesgerichts I hat dem Vorwärtsredakteur Benno von Wermuth zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt, weil der Vorwärts die Geheimpolitiken, die bei den „Anruhen“ am Wedding auf harmlose Leute mit Knüppeln einschlugen, als „Knüppelgarbe“ bezeichnet hatte.

Der Berliner Polizeipräsident darf diesen Erfolg um so höher schätzen, als es ihm einmal gelungen ist, jede gerichtliche Entscheidung über die Anruhen zu verhindern. Er war so verständig, Strafzettel nur nach § 185 des Strafgesetzbuchs („Formale“ Verleumdung) zu erheben, nicht aber nach § 186, der von der Verleumdung nicht erweist, was für Tatsachen handelt. Herr v. Sagow betreibt nicht die erweistliche Wahrheit der Tatsache, daß am Wedding von Geheimpolitiken mit Knüppeln auf friedliche Leute eingeschlagen wurde, er sieht sich aber in seinem polizeilichen Parteigebüh verwickelt, weil der Vorwärts diese Geheimpolitiken als Knüppelgarben bezeichnet hatte.

Man erhebt darauf, daß Herr v. Sagow nur noch darauf aussehe, den guten Ton zu haben, daß er aber keine Sehnsucht nach neuen gerichtlichen Feststellungen hat. Seine Abneigung gegen herbeide Vermögensurteile wurde in diesem Fall nicht durch vom Herrn Landgericht Herrn Steinert gestellt, sondern gegen jede Beweisaufnahme wie ein Wäre kämpfte, sondern auch von der Strafkammer, die die neue Strafprozedur vormalig und dem Angeklagten jeden Beweis abschneidet.

Selbst, wenn Ausführungen einzelner Beamten vorgekommen sein sollten, so entspricht das

Verständ, so habe der Angeklagte kein Recht, einen so bedeutenden Ausbruch für die Gesamtheit der Kriminalbeamten zu gebrauchen. Der Vorwärtsredakteur kann noch von Glück sagen, daß er nicht wegen Verleumdung des Knüppels, das ist wegen Verächtlichmachung einer preussischen Staatseinrichtung, bestraft worden ist!

Die Polenentscheidung.

An der Finanzkommission des sogenannten „Herrenhauses“ gab der Minister für Landwirtschaft, Freiherr v. Schorlemer-Beseler, eine Erklärung über den Stand der Enteisungsfrage ab, in der es heißt, die Staatsregierung ist fest entschlossen, die durch das Gesetz vom 28. April 1886 eingeleitete Anhebungsaktion zum „Schutze des Deutschtums“ in den Provinzen Posen und Westpreußen fortzuführen. Es werde deshalb auch nicht darauf verzichtet, von der ihr durch § 13 des Gesetzes vom 20. März 1908 gegebenen Befugnis zur Enteisung in „geeigneten Fällen“ und mit der Vermehrung jener unangenehme Sache Gebrauch zu machen, sobald die gesetzlich bestimmten Voraussetzungen der Enteisung als notwendig zu erachten seien. Die Staatsregierung allein habe die Verantwortung für die Prüfung dieser Voraussetzungen und die daraufhin zu treffende Entscheidung zu tragen. Sie könne sich deshalb in ihren Entscheidungen auch nicht durch die in der Presse und von Vereinen und Versammlungen geäußerten Wünsche, sondern lediglich durch eine sachliche und gewissenhafte Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse bestimmen lassen. Es lasse sich noch nicht übersehen, wie weit der Landbedarf der Anhebungsaktion für das Jahr 1912 aus freihändigen Ankaufen gedeckt werden könne, für das laufende Jahr sei aber kein Abgang der Anhebungsaktion zu befürchten.

Deutsches Reich.

Die Staatsbeamtenversicherung. Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet nunmehr, daß der Entwurf des Gesetzes über die Staatsbeamtenversicherung noch während der Arbeit des Reichstages ausgearbeitet wird. Angehörig hat sich der Bundesrat damit einverstanden erklärt, daß die Berufs-Pensionsklassen als Ersatz für die staatliche Versicherung bestehen bleiben sollen.

Neue Wortwertzeuge. Einer rheinischen Firma ist es gelungen, ein Geschäft zu kontrahieren, mit dem man Luftschiffe auf beträchtliche Höhe beschleunigen kann. Dieses neue Geschäft wird auf einen Skafoplan montiert. — Für die Gewerzeuger eröffnet diese neue Leistung auf dem Gebiete der Wasser-technik reizende Aussichten, denn es ist natürlich ganz selbstverständlich, daß dieses neue Geschäft so reich als möglich angefaßt wird, zum „Schutze des drohenden Vaterlandes“ und zur Erzeugung des Profits der Hersteller. Die Rede zählt das Volk.

Der neue Kolonialplan. Das gegen den Referenten beim Governement in Deutsch-Ostafrika, Regierungsrat Freiherr v. Wächter, das Hauptverfahren wegen Weinsdiebstahl wurde, wird nunmehr am 21. April bestritten. Freiherr v. Wächter ist einwilligen seines Amtes enthoben worden. Die Verhandlung dürfte im Mai stattfinden.

Die Wahlprüfungskommission des Dreiklassenwahlgesetzes hat am Dienstag einstimmig beschlossen, die Wahl des freireligiösen Hrn. Dr. Ehlers in Breslau IV für ungültig zu erklären. Diese Wahl wird in einem Protest der Zentrumspartei deshalb angefochten, weil nicht Ehlers, auf den auch die sozialdemokratischen Stimmen in der Stichwahl gefallen waren, sondern der Referent der Vogel die absolute Mehrheit erlangt habe und ferner behaupte, weil bei der Ergründung der Wahlmänner-Gesellschaft, deren sozialdemokratischer Leiter „mit Wohlsein bestraft“ worden sei. Es wurden auch Verträge gegen das Wahlreglement geübt.

Rußland.

Der Konflikt mit China.

London, 29. März. Die Times berichtet aus Peking: Man ist allgemein der Ansicht, daß die Antwort nach China auf die letzte russische Note, die in einer sehr demütigenden Form (I) abgefaßt ist, endgültig jeden Vorwand für Russland, Restpassagen zu erweisen, beseitigen wird. Trotzdem herrscht große Unruhe und man befürchtet, daß in Petersburg die Ansicht besteht, China zu bestrafen, es ein genügender Vorwand vorhanden sei oder nicht.

Italien.

Bissolati wird nicht Minister. Die sozialistische Blatt Quanti meldet, hat Bissolati an Giolitti einen Brief geschrieben, in dem er seine Zustimmung zu den großen Prinzipien des Programms, das Giolitti auszusprechen habe, Ausdruck gibt, aber erklärt, er könne keine natürliche Abneigung gegen alles, was die ängere Entfaltung der Stellung eines Ministers mit sich bringe, nicht überwinden. Er bitte daher Giolitti, nicht darauf zu bestehen, ihm ein Portefeuille anzubieten. Auch die anderen Vorkammern befähigen diese Nachricht. Tribuna fügt hinzu, daß Bissolati erklärt habe, seine Entschcheidung sei unumverrückbar, doch habe er hinzugefügt, er beabsichtige, das Ministerium Giolitti zu unterstützen, soweit es in seinen Kräften stehe. — Rom, 28. März. In parlamentarischen Kreisen berichtet man, daß die Regierung des Sozialistenführers Bissolati, in das neue Kabinett einzutreten, auf die Daltung Giolitti zurückzuführen ist, der erklärte, er werde keine antiliberalen und keine antimilitarischen Politik treiben. — Als die Einwohner des Stadtviertels Transverbo erlauben, daß Bissolati es abgelehnt habe, in das neue Ministerium einzutreten, veranstalteten sie eine Kundgebung (I) Sie durchzogen die festlich befestigten Straßen des Viertels unter Märschen der Sozialistenhonne. Dem Zuge voran wurden Banner und Fahnen getragen. Der Avant vier Stunden einen längeren Artikel, worin Bissolati zu seinem Entschluß bekräftigt wird. Das Blatt sagt: Das Verneinung des Hofes annehmen, was für Bissolati eine Erniedrigung gewesen. — Sehr richtig! Hoffentlich denken die italienischen Sozialisten immer so.

Spanien.

Der Werd an Ferrer vor der Kammer. Die Debatte über den Ferrerprozess begann am Montag vor der Deputiertenkammer. Die Tribunalen waren dicht besetzt. Der Deputierte Cortado Meyubianer erklärte, die Debatte werde nicht nur vom ganzen Lande, sondern auch von Europa mit Spannung erwartet und bewende, eine Revision des Prozesses zu erlangen, dem Ferrer sei das unglückliche Opfer eines furchtbaren Justiztrugs gemeldet. Der Gouverneur von Barcelona habe zur Zeit des Ausbruchs der Unruhen sein Beneh-

material entdeckt, welches zu der Annahme berechtigt hätte, daß Herr von Müller des Vorwurfs gewarnt sei. Geriano bemerkt sich schließlich zu zeigen, daß Herr nicht den geringsten Anteil an den Ereignissen in Barcelona genommen habe, und daß gegen ihn vorgebrachten Zeugnisaussagen unbestimmt und wertlos gewesen seien.

Cärkel.

Ein neuer Ausbreitenanstand?

Konstantinobel, 28. März. Nach erzählt aus Schönbach die Nachricht, daß ein hiesiger Trupp Montenegroer sich mit den 5000 aufzubereitenden Mörsern vertheilt. Grenzstellungen überall in der Nähe von Belgrad ist besetzt. Die Festungen Selva und Nalch sind bedroht. Die Kämpfe dauern seit drei Tagen an. Vier Bataillone Grenztruppen konnten sich aus den feindlichen Reihen und sich mit großen Verlusten rückwärts durchschlagen. Mehrere Grenzfestungen sind eingeeißert.

Marokko.

Bersäuerung der Lage.

Paris, 28. März. Wie aus Jex berichtet wird, haben die Konstantinobel, die Fremden zu erlösen, Zug zu verlassen, da eine Belagerung der Stadt bevorsteht. Politische Störungen sind getrennt geblieben worden. 9000 Eingeborene sind auf dem Wege nach der Stadt begriffen. Gerüchte werden, die Stadt Sequines sei vollständig ausgeplündert worden.

Mexiko.

Das neue Kabinett

seht sich endgültig folgendermaßen zusammen: Finanzen Binantour, Justiz de la Barra, Julius Sodi, Verkehrsminister Dominquez, Krieg Cosío, Unterricht Estanol, Inneres vorläufig unbesetzt. — Der mexikanische Finanzminister in London Zancan ist zum Generalminister in Washington ernannt worden.

New-York, 28. März. Die Sun berichtet das Gerücht, Diaz habe abgedankt. (2) Das Blatt glaubt, daß Francisco Madero mit de la Barra in San Antonio zusammenzutreffen werde. Jedenfalls ist Madero auf dem Wege dorthin.

Aus der Partei.

Politikereine.

Im September vorigen Jahres wollte Genosse Julius Kahlreich aus Amerika, bevor er zu uns kam, im Schlesien. In Neustadt in Oberschlesien, in Breslau, im Landreise Breslau, in Biegnitz, wurde ihm die Genehmigung, zu reden, anstandslos erteilt. In Goytau wurde dem Genossen Kahlreich anfanglich, weil er bekanntlich „Ausländer“ ist, das Sprechen verboten, später aber gestattet. In Wrieg und Neumarkt durfte Kahlreich nicht reden. In Neumarkt wurde sogar eine Mitgliederversammlung, die im Anschluß an die verbotene Versammlung stattfinden sollte und in der Kahlreich sprechen sollte, politisch angefaßt. Mit diesen politischen Maßnahmen und mit einer Verhinderung des Bürgermeisters als Amtsanwalt in einem Streit gegen den Genossen Schölich, wonach dieser zu denen gehöre, die immer absichtlich Beamte beleidigen, beschäftigte sich acht Tage später eine öffentliche Volksversammlung in Neumarkt. In dieser wurde das Verhalten des Bürgermeisters von Schölich scharf kritisiert. Der Bürgermeister fühlte sich beleidigt, und das Amtsgericht verurteilte Genossen Schölich zu 50 Mk. Geldstrafe. Auch vor der Verfassungskammer in Breslau behaupteten drei Polizisten, daß Schölich den Bürgermeister „leise“ genannt habe. Eine große Zahl von Entlassenen befanden sich jedoch mit aller Bestimmtheit, daß nicht Schölich, sondern ein Zivilkenner das Wort „leise“ gebraucht habe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da sich die Beamten nicht beweisen konnten.

Die heiligste Person ist der Arbeitswille.

Wegen „Beleidigung“ von Arbeitswilligen wurde der Redakteur der Arbeiterzeitung, Genosse Dreierler, zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt.

Rein Käseblatt.

Durch den Ausbruch Käseblatt, den die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in einer Polemik gegen das Vorwort

Kantblatt gebrauchte, fühlte sich der Verleger des Blattes so beleidigt, daß er zum Stadlief und den Verantwortlichen der Holzzeitung, Genossen Denschel, verhaftete. Die Richter verurteilten den Sänder zu 30 Mk. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Aussperrung der Holzarbeiter in Hamburg.

Wie wir meldden, haben die Internefemer am Dienstag sämtliche Holzarbeiter ausgesperrt. Es kommen 4000 Arbeiter in Betracht. — Ueber die Vorgänge, die zu der Aussperrung geführt haben, wird uns geschrieben:

Der Kampf in Hamburg Holzgewerbe verläuft sich weiter, und zwar vornehmlich durch die Deberet des Verbandes Interese, dem der Arbeitgeberverband von Hamburg und Umgebung korporativ angegeschlossen ist. Der Verband Interese ist es, der die Befreiung des paritätischen Arbeitsnachweises verlangt und den Arbeitgeberverband den Ausschluß angebracht hat, falls dieser mit dem Holzarbeiterverband die Arbeitsvermittlung gemeinsam regelt. Interese war es auch, welcher durch seinen Geschäftsführer Gurliit die Tischlermeister veranlaßt, sämtliche gemachten Zugeständnisse zurückziehen und Interese ist es, welcher es mit allen Mitteln zum Kampf auf der ganzen Linie treibt.

Nachdem man die Tischlermeister seit Wochen bearbeitet, sind diese jetzt soweit, daß sie dem Kommando Gurliits blindlings folgen. Anstatt zu versuchen, die noch vorhandenen geringen Differenzen zu beseitigen, wurden die Verhandlungen von den Internefemern abgebrochen. Am 28. März wurde dem Holzarbeiterverband von der Innung mitgeteilt, daß weil der paritätische Arbeitsnachweis an gepernte Betriebe Arbeitskräfte nicht vermittelt, sich die Tätigkeit an der Arbeitsnachweisse erübrig; wir werden die Eröffnung derselben am Montag morgen nicht zulassen!

Diese Drohung hat die Innung wahr gemacht. Der Hamburger „Paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe“ ist am 27. März durch einen Gewaltakt des Verbandes der Tischlermeister auf Veranlassung des Verbandes Interese geschlossen. Der Holzarbeiterverband hat gegen diese Maßnahme protestiert und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Von der Innung wurde nimmehr in Gemeinschaft mit dem Schiffsverband die Verharmung der Hamburger Tischlermeister einberufen, in der die Ausperrung aller Hamburger Holzarbeiter beschlossen wurde. Der Vorstand von Interese, der Vorstand des Schiffsverbandes und der Innung in Gemeinschaft mit weiteren maßgebenden Internefemern hatten vorher schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt.

Welchen Umfang die Ausperrung annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen. Das steht aber schon jetzt fest, eine ganze Anzahl Internefemer werden nicht aussperrt und Interese mit seiner ganzen Gefolgschaft wird sehr bald einsehen, daß man eine große — Dummheit gemacht hat.

Inzwischen wird in der Generalanzeiger-Presse schon nach Tischlern, Malchinernarbeitern usw. infiziert. Auch Meinmeister werden gesucht, welche angefangene Arbeiten fertig stellen sollen.“

Zugang ist fernzuhalten.

„Schwere Strafaussprechungen bei Hamburg“.

Unter dieser Überschrift brachte die bürgerliche Presse eine offenbar aus einem Korrespondenzbureau stammende Notiz, nach der aus Anlaß eines Diebstahlsverbrechens in Wilsberg bei Hamburg schwere Aussprechungen der Streikenden stattgefunden hätten. Sämtliche Arbeiterhöfe im Fabrikgelände seien eingeworfen, und die Dreifachwohnung sei mit Steinen bombardiert worden. Die Familie des Direktors sei nach Hamburg geflüchtet. Die Gendarmrie sei aus der ganzen Gegend zusammengezogen und die Polizeihände auf abends 10 Uhr festgelegt worden. Auch die Gendarmrie sei attackiert worden, worauf die Gendarmrie mit blinden Schüssen gewortet habe.

Alle diese schauerlichen Meldungen sind von A bis Z erlogen. Weder ist Gendarmrie zusammengezogen, noch ist sie attackiert worden, noch hat sie geschossen, noch ist der Direktor geflüchtet, kurz, alle Nachrichten sind das Schwindelprodukt eines jenseitigen Reporters, vielleicht

aber auch eines Schmarbenerstüßlinge, der mit der Redaktion Stimmung gegen die Arbeiter machen will. Wichtig ist nur, daß in den Wilsberger Zonen und Fabrikgeländen getreilt wird, und daß sich, als unzufällige Streifereise in Automobilen in die Polizei gebracht wurden, eine große Anzahl Menschen an sammelte. Schuldinder warfen einige Reiterknechten im Fabrikgelände ein, das gefaßt aber unter den Augen der Gendarmen, denen es nicht einfiel, von der Sache irgend welches Aufsehen zu machen. Im übrigen sind Unterbringungen im Gange, die wahrlich Erfolg haben werden, denn die Arbeiter weigern sich, Streiftreibern die Lippe zu leihen.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Wegen Nichtanerkennung des Tarifs sind die Tapezierer der Internefemerte (Sebe-Bremerswerde-Gesellschaft) am Montag in den Streik getreten.

Die Schumachererhelfen in Wes haben der Arbeiterorganisation einen Konflikt zur Anerkennung unterbreitet. Die Geschillen wollen, falls im Laufe dieser Woche keine Einigung erzielt wird, die Arbeit niederlegen. Zugang ist fernzuhalten.

40 Arbeiter in Walsdorf, Kreis Westmeulen, haben wegen Arbeitsbedrohung am Montag, den 27. März, die Arbeit niedergelegt. Die Walsdorfer Arbeiter gehören zu den schlecht bezahlten Arbeiterkategorien der Internefemerte. Zugang ist fernzuhalten.

Die Militärsattler der Firma H. Vellip in Spandau stehen seit Dienstag morgen wegen Nichtanerkennung des Berliner Militärsattlervereins im Streik. Da die Firma in bürgerlichen Kreisen unorganisierte Sattler sucht, sei vor Zugang dringend gewarnt.

Die Ausperrung der Steinarbeiter in Weimar (Weimar-Kreis) ist beendet. Die Firma Rauch u. Co., die ihre 4000 Arbeiter auf Weimar genommen hat, um eine Schwächung der dort gebildeten Arbeiterorganisation herbeizuführen, hat sich beigegeben, sogar eine Erhöhung der Löhne bewilligen müssen.

Aktuelle.

Die Kalko-Kompagnie Reichardt gegen die Arbeiterbewegung.

Im Februar 1910 war in einem Sprechtaktartikel im Hamburger Echo von der Organisation der Hamburger Arbeiter über den Betrieb der Kalko-Kompagnie Theodor Reichardt in Wandsb. berichtet worden, durch das sich die Kalko-Kompagnie befähigt hätte. Die verlagte den Bevollmächtigten der Werke und erzwang gegen diesen und gegen den Betrieb der Hamburger Echo eine einstweilige Verfügung, in der bei Strafe von 1000 Mk. für jede Uebertretung eine Wiederholung und Weitererbreitung der in dem Sprechtaktartikel veröffentlichten Behauptungen untersagt wurde. Es fand gegen den Bevollmächtigten eine Verhaftungshilfe vor dem Schöffengericht statt, die mit einer Verurteilung des Bevollmächtigten zu 1000 Mk. Geldstrafe endete und über die in einem Gerichtsbericht im Hamburger Echo objektiv berichtet wurde. Auch die Wochenplauderei des Hamburger Echo beschäftigte sich mit der Gerichtsverhandlung. In beiden Publikationen wurden eine Reihe von Behauptungen aus dem Gerichtsaktikel von Reichardt wiederholt. Auch die in der Druckerei des Echo hergeleitete Widerzeugung brachte den Gerichtsbericht des Echo. Die Kalko-Kompagnie beantragte deshalb gegen den Verlag des Hamburger Echo in drei Fällen die Strafe von je 1000 Mk. aus dem Zweck zu erklären. Das hiesige Oberlandesgericht hat die Kalko-Kompagnie in einem Falle abgewiesen, mit der Begründung, daß für den Inhalt der bei ihr abgedruckten, aber nicht verlegten Widerzeugung die Druckerei des Echo verantwortlich sei. In beiden andern Fällen ist die Strafe als verurteilt erklärt und das Hamburger Echo zur Zahlung einer Strafe von 2000 Mk. verurteilt worden. Es mag bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, daß die Kalko-Kompagnie Theodor Reichardt in Wandsb. die in einem großen Teil der deutschen Arbeiterbewegung umfangreiche Bekanntschaft hat, nicht nur in der gefährlichsten Weise gegen die Arbeiterbewegung und die Leiter der Arbeiterorganisationen vorgeht, sondern auch in ihrem gesamten außerordentlich großen Betriebe nicht einen einzigen organisierten Arbeiter duldet.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Ueberricht, Partei-Ankündigungen, Gewerkschaftliches und Vermischtes Paul Gernitz, für Auswärtige, Vertheilungen und Lokales Carl Gode, für Prominenz und Versammlungsberichte Gottl. Kaspar, in Köln in Halle.

4 Serien Gardinen :: zu :: Extra-Preisen.

Serie I: gute Qualität Meter 38 Pf. 175	Serie II: gute Qualität, 130 cm breit Meter 50 Pf. 250	Gardinenleisten, Portierenstangen, Vitragen- u. Stores-Zugrichtungen in allen Lagen und Ausführungen.	Serie III: prima Qualität, 130 cm breit Meter 75 Pf. 375	Serie IV: extra schwere Qual. 140 cm breit, Meter 95 Pf. 550
Abgepasstes Fenster 130x300	Abgepasstes Fenster 130x300		Abgepasstes Fenster 130x320	Abgepasstes Fenster 135x380

Tischdecken.

Tischdecke aus gut. Filztuch, mit reicher Stickerei Stück 3,25 bis 95 Pf.	Tischdecke aus gutem Filztuch, mit sparter Stickerei und Applikation Stück 7,50 bis 35 Pf.	Pflschdecke mit reicher Stickerei - Ausführung Stück 19,75 bis 50 Pf.	Pflschdecke mit gepresster Kante, elegante Neuheiten Stück 21,00 bis 67 Pf.
--	--	--	--

Sofa-Bezugstoffe

in Moquette, Plüsch, Coteline und Fantasiestoffen
zu außerordentlich billigen Preisen.

Wachstuche in allen Breiten.

Vitragen-Cöper crême und altgold, 80 bis 83 cm breit
Meter 80 bis **45** Pf.



Portieren - Garnituren.

Velvet - Garnituren dreiteilig, elegante Neuheiten Stück 18,00 bis 65 Pf.	Filztuch - Garnituren dreiteilig, neueste Dessins Stück 14,00 bis 17 Pf.	Leinen - Garnituren dreiteilig, hochparierte Dessins Stück 13,50 bis 37 Pf.	Lambrequins aus Plüsch, Leinen, Filztuch und Plüsch Stück 4,50 bis 55 Pf.
--	---	--	--

Teppiche

und Vorlagen in allen Größen,
erstklassige Fabrikate zu außerordentlich billigen Preisen.

Linoleum in allen Breiten.

Geminsterte Vitragenstoffe crême, altgold u. leinengrau
graun, in den neuesten
Musterstellungen, 130 cm breit
Meter 2,15 bis 1,35
80 bis 83 cm breit Meter 1,30 bis **65** Pf.

Geschäftshaus J. LEWIN :: Halle a. S. ::

Marktplatz 2 u. 3.

Walhalla-Theater

Direktor u. Regisseur: Paul Nitzsche.

Nur noch 3 Tage! Das Pracht-Programm!
 Marquise Dasso mit ihren 7 Ponys. — Clown Sago.
 — Zirkus Avilo aus England. — Werner & Amoros
 „Belm-Filten-erwischen“. — Max. Claudius. — L. Malz.

Gastspiel: Der spanische Curuso.
 Bernh. Posen — Los Hernandez — Jacques Broun — Biograph.

Burg-Kino, Zeiffstraße 22.

Großart. schon v. 29.—31. März: Opfer trauernd Schuld, Drama aus dem Leben. Grönländs Rentierweiden, herrliche Landbild in Eis und Schnee. Korporal Durando, ar. hit. Drama. Kurzer Traum, schönes Drama. Tonilini studiert Trompete, hochkom. Immer höher, tolle Komödie. Strachwitz in der Sommerfrische, ar. Komödie u. erst einsetzenden Alpenjäger, aus einer Hallude u. Schäfer; und Die Spione, höchst interessant. 1. Platz 35 J., 2. Platz 25 J., Kinder 10 J.

Achtung!

Hervorragend billiges Angebot!!!
Wohn- u. Speisezimmer
 in amerik. Nussholz modern geschmakt.

1 ausb. Buffet mit Verglasung	Mk. 150.—
1 . Zwischentisch	40.—
1 . Umbau mit grossem Spiegel	75.—
1 . Moquette-Diwan	90.—
6 . Rohrlehnstühle à 7.50	45.—
1 . Serviertisch	75.—
Summa Mk. 418.—	

Modernes Schlafzimmer
 in ff. Satin, Nussholz limit.

2 moderne Bettstellen 120x90	Mk. 66.—
2 Staubfedermatratzen	64.—
1 Schrank mit Hutboden u. Stange	50.—
1 Waschtisch mit Marmorplatte	36.—
2 Nachtschilde, geschlossen	40.—
1 Spiegel	11.—
2 Stühle	12.—
1 Handtuchständer	6.—
Summa Mk. 285.—	

1 moderne Küche
 blaugrau, mit Strichen abgesetzt Mk. 83.—
 Reiche Auswahl in Speisekammern in Eiche, Salons und Schlafzimmern, alles gründliche Arbeiten bei billigsten Preisen. — Meisterbuch gratis.

Kaffe a. s. s. Märkerstrasse 4.
Gebr. Kröppenstädt, Gr. Märkerstrasse 4.

Geschäftsverlegung.

Allen Freunden, Bekannten sowie einer verehrten Nachbarschaft zur gefälligen Kenntnis, das ich mein **Zigarren-Geschäft** von Große Ulrichstraße 20 nach **Ludwig Wuchererstrasse 28** verlegt habe.

Für das mir bisher gelehnte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, folgendes auch auf mein neues Unternehmen übertragen zu wollen.
 Hochachtung
Gustav Rost.

Ueber Nacht hart trocknend

nicht nachbleibend — hoher Glanz
 sind die Vorzüge meiner **Bernsteinfussbodenlackfarbe**
 7 Nuancen. 1 kg 1.50, bei 5 kg 1.40 Mk.

Gustav Fuhrmann, Drogerie, Reistr. No. 5.
 Rabatt-Sparmarken. Telefon 1146.

Frauen, Ihr müßt helfen

und mitarbeiten! Ihr seid es, die am meisten unter den Folgen des Trinkwases leidet! Bietet! Kommt! Bietet! Ihr schweigend ertragen. **Drum auf!** Ich lichte Euch aufzumen, gemeinsam können wir alles, einzeln nichts erreichen. Auskunft gibt gern: **Klara Bäwinkel, Reichsburgerstraße 9.**

4. April :: 4. April

Schluss

des **Berndorff'schen Total-Ausverkaufs**
 drum eilet, wer noch wirklich billig kaufen will,
 nach Geistesstrasse 42.

Strümpfe :: Röcke :: Korsetts :: Untertalren
 :: Druks und Gingham.
 Serviteure :: Schlipse :: Hosenträger :: Kragen
 Macco- und Normal-Unterzeuge.

Sanitätsrat Dr. med. Schlesinger

wohnt vom 1. April ab:
Königstrasse 86, I.

Voranzeige!

Zum Besten des Volksparkes

findet **Mittwoch den 5. April**
 im grossen Saale des **35 Musikern** des Verbandes der Volksparkes ein von **35 Musikern** des Zivilmusikerverbands Deutschlands, Ortsverwaltung Halle a. S., ausgeführtes **Grosses Instrumental-Konzert** statt.

Programme, à 25 Pfg. inkl. städtischer Billettsteuer, sind in allen Filialen des Allgemeinen Konsumvereins, den bekannten Zigarrengeschäften, sowie in der Volksbuchhandlung und im Volkspark zu haben.

Der guten Sache wegen wird um recht regen Zuspruch gebeten.

Der Vorstand der Zivilmusiker.
 I. A.: E. Arndt.

Sämereien!



Gemüse-Samen.
 Blumenkohl, Rosenkohl, Weisskraut, Rotkraut, Weißkraut, Spitzkohl, Kohlrabi (weiß und blau), Karotten, Mören, Kohlrüben, Salatrüben, Wirtürben, Fenchelrüben, Kopfsalat, Blütsalat, Zwiebeln (gelb, rot und weiss), Spinat, Nappasoden, Sellerie, Borree, Radies (runde, ovale und lange), Mairrettich, Winterrettich, Garkreuzkraut, Brunnenkresse, Kohlröschen, Schwarzwurzel, Kapontilla, Beterlienswurzel, Fenchel, Baldmöhler, Majoran, Dill, Borsdahl, Fenchel, Dill, Tomaten (rote und blaue), Gurken, Mettergurken, Kiefern Kürbis, Bietürbis, Melonen, Mangold, Maierböben, Schnäbelböben, Zuckerrüben, Maierböben, Busch- und Stangenbohnen.

Blumen-Samen.


Wohlriechende Blumen: Veilchen, Goldbl., Ranikie, Nelken, woblriech. Kornblumen, Weibea, Veilchen, Lupinus, Wicke, Veinia, weisse Tulan, Ostia, Ritterpiper, Kreuzkraut, Himmelsauge, Portulackroschen, niedrige Krefje und Wände, roter Tein, Seifenkraut u. u.

Schlingpflanzen: Souzour, Fruchtemilde, Japanischer Soujen, Keiferwinde, Krefje, idone Wicke, Mantandia, Mina lobis, Balsampappel, Clematis.

Grassamen
 Diese diejährige Weiden, Erdbeergras, Narren, Champignonkraut, Frühfettweiss, Stiefweissel z. z. Lillien, Dahlien, Begonien, Gladiolen, Keiferwinde z. z. Blumendünger, Gartengeräte etc.

Moritz Bergmann
 gegr. 1888.
 Markt 20. Fernspr. 107.

Verlangen Sie Putzin-Mischflaschen nur mit ges. gesch. Spartröpf-Einrichtung.



D.R. Patent 228272. D.R.G.M. 444887.
Putzin
 bester flüssiger Metallputz
 Alleine Fabrikanten: Fritz Schulz in Akt. Ges. Leipzig
 in Flaschen à 10, 15, 30, 50 Pfg. u. 1 Mk. Versand erhältlich.

Buntglaspapier

zum Bekleben der Fensterscheiben.
C. F. Ritter G. m. b. H.
 Leipzigstrasse 90.

Kaffee billig!

Jede parfame Gausfrau probiere meinen gefeilt geprüften **Adler-Kaffee**
 Surrogat 1 G 70 J, 1/2 G 35 J.
 Aug. Warsch, Redneuvtr. 10a.

Würmer

necht Brut befeigen die abführenden „Wurms“-Tabletten. Schachtel 25 Pfg. Allein echt: **Bahnhofs-Apotheke am Bahnhof.**

Hautunreinigkeiten

befreit sich mit schnell Oswalds Kräuter-Teerschwefelsalbe G. Oswalds Nachf., Gehehrtr. 34, Depot: H. Jodekies, Schmeuvtr. 13.

Pa. Harzer Käse

pro Pfund (100 Pf.) 2.80 Mk. franco per Nachnahme empfindlich **Dampfmolk. Meseritz.**

Wanzen-Finjur

Radikalmittel gegen **Wanzen u. deren Brut**
 Glasche 50 Pf. u. 1 Mk. allein echt bei **Max Rädler,**
 nur Kammstrasse 2, Ecke Sternstrasse.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Peller.
 Nur noch 3 Tage
 Das große Märzprogramm.
 W. Collins
„Triumph der Schönheit“, fünf. Terraotta-Comit, geteilt von 4 Damen.
5 Romantiques.
3 Kostocks
Lilly u. Fred Irving im „Waldesreiter“ u. die übr. gr. Attraktionen.

Stadttheater Halle.

Direktion: Geh. Rätin M. Richards. — Fernruf 1181.
 Donnerstag, den 30. März: 192. Vorstellung i. Ab. 4. Viertel.
Die Grossstadtluft.
 Schwan in 4 Akten von O. Blumenthal u. G. Radelburg.
 Raffenberg 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Freitag den 31. März: Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Sonder-Vorstellung bei vollständig aufgegebenem Abonnement.
Opera-Festspiele.
 1. Abend.
Der Rosenkavaller.
 Stenoble für Raffin in 3 Aufzügen von Hugo von Hofmannsthal. Raffin von Richard Strauß.

Die Premiere von „Polnische Wirtschaft“

dem größten Sänger aller modernen Operetten, findet **Sonabend d. 1. April im Apollotheater** statt.
 Das Stück erzieht seit 6. August v. J. im „Apollo-Theater“ zu Berlin täglich ausverkaufte Häuser!!

Geschäfts-Uebnahme.

Die unterzeichnete Firma teilt ihren Geschäftsfreunden, Gönnern und Freunden mit:
 Vom heutigen Tage haben die unterzeichneten Inhaber in **Halberstadt** die gesamten Grundstücke: Hohweg 44, Begulnstrasse 6 u. 7, mit Maschinen und Inventar käuflich von der Firma Fritz Reckleben erworben. — Es wird hier ausdrücklich betont, dass die Firma Ferchland & Becker keinerlei Warenbestände von der Firma Fritz Reckleben übernommen hat, so auch keine Aktiva und Passiva.

Wir werden das bestehende Geschäft unseres Herrn **Otto Becker in Weissenfels** mit dem **Hauptgeschäft in Halberstadt** nunmehr verschmelzen und ausschliesslich unser eigenes Fabrikat, welches stets mit grossem Beifall aufgenommen wurde, in den Handel bringen.

Unser Geschäftsprinzip wird sein, das Geschäft auf der solidesten Basis, bei grösster Reinlichkeit und Reellität zu führen.

Wir bitten unseren geehrten Kundenkreis und Freunde, unser Unternehmen zu unterstützen und zeichnen mit besonderer Hochachtung
Ferchland & Becker.

Saison 1911.

Ernst & v. Speckels, Samen-Handlung, Hamburg
 168 Medallien u. Ehrenpreise.
Frisch eingetroffen:
Gemüse- u. Blumensamen
 in mit Zubehörun versehenen Originalbüden zum Preise von **5 u. 10 Pfg.**
Gustav Fuhrmann,
 Drogerie, Reistrasse 5.
 Rabatt-Sparmarken.

Fische

Sortimentskatalog 40 Stück, echte Kieker
 Döcklinge, 80 Sperrlinge, 1 Liefer. Ranzsch-Nal, 1 Bienen-Lachs-Hering, 1 Biese Brot-Hering, 1 Biese Döcklinge, alle zusammen H. 3.35
Gerh. J. Voigt, Kiel.

Haarausfall!

Schuppen beseitigt unerbittlich das horribel duftende Krätze-Billensal „Molin“, jedes Haar wird möglich. 1 Pfg. 50 Pfg. Man wasche öfters mit Dr. Burtth's Bronnensalzsäure à Fl. 75 Pfg. Nur in der Drogerie u. Otto Kramer, gegenüb. d. Glauchaischen Kirche.

Patent-Ingenieur-Büro

L. M. Ulrich, Leipzig.
 Unterwallstraße 14.
 Langjährige Erfahrung in Erwirkung und laichtlicher Verwertung.
„Drehtreter Offera hier“ — Geschäftstret.

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 76

Halle a. S., Donnerstag den 30. März 1911

22. Jahrg.

Eröffnung der Jugendbewegung.

Die Auflösung der Jugendorganisationen — bestehend und nicht bestehend — genügt der preussischen Polizei nicht mehr. Sie ist offenbar entflohen, die freie Jugendbewegung, die sich erstreckt, auch nach den Auflösungen der Organisationen weiter zu existieren, ganz unzulässig. So geht man jetzt schon gegen die Jugendbewegung in Bewegung vor. Der berühmte Herr v. Spreti hat die Zeit, die ihm der vergebliche Versuch bei Eickelburg ließ, zu einem neuen Schlag gegen die freie Jugendbewegung benutzt und den Verein Arbeiterjugendheim für — politisch erklärt. Eine Beschwerde dagegen wurde für Lichtenberg mit folgender Begründung abgelehnt:

Berlin, den 20. März 1911.

Die von Ihnen in Volkswacht des Herrn Alfred Kisten gegen den Polizeipräsidenten in Lichtenberg wegen Unterstellung der Vereinigung Jugendheim in Lichtenberg unter das Vereinsgesetz vom 8. März 1911 erhobene Beschwerde weist ich als unbegründet zurück.

Die Vereinigung ist in einer von sozialdemokratischen Kreisen einberufenen öffentlich-politischen Versammlung am 1. Februar 1910 gegründet. Die Anmeldung der Versammlung trug den Stempel Sozialdemokratischer Wahlverein, Kreis Riebersdamm, Bezirk Lichtenberg.

Zur Agitation für die Vereinigung ist bereits im Dezember 1908 ein Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt deutlich auf die sozialdemokratische Tendenz der Vereinigung hinweist. Es wird in dem Blatte auf die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitagcs in Nürnberg und des Danziger Gewerkschaftskongresses Bezug genommen, es wird von der preussisch-deutschen Volksschule als von dem Wertung der herrschenden Klasse gesprochen und es wird mit der auf der Volksschule erhaltenen „Reinbildung“ die Notwendigkeit weiterer Aufklärung der arbeitenden Jugend über ihre gesetzlichen Rechte und Pflichten betont. So ausgewählt, wurden der junge Arbeiter und die junge Arbeiterin zu treuen, frommsten Kameraden im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse heranzuziehen.

Nach dem Vortrags vom 14. Dezember sind Anmeldungen zur Mitgliedschaft an den „Genossen“ Kisten zu richten. Nach den Angaben bildet den Vorstand der Vereinigung der auf Grund der Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitagcs in Nürnberg für Lichtenberg gebildet Jugendauschuss. In der Gründungsversammlung war ein Sozialdemokrat Referent, für die Frühlingsfeier ein solcher als Vortragender auszuweisen, auch in der Mitgliederversammlung vom 28. Juni 1910 sprach nach dem Vortrags „Genosse“ S. Schulz.

Der Vortrags war es auch, der unter dem 7. Januar auf die das darauf stattfindende Eröffnung des von der Vereinigung eingesetzten Jugendheims hinweist und es als Pflicht der Eltern und Vormünder der arbeitenden Jugend bezeichnet, die Jugend auf das Heim aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben anzuhalten.

Nach diesem tatsächlichen Material ist als erwiesen anzusehen, daß die Vereinigung Jugendheim für Lichtenberg-Friedrichsstraße ihrem ganzen Wesen und Wirken nach eine Einrichtung ist, die völlig im Dienste der sozialdemokratischen Partei steht, deren Bestrebungen ganz mit denen jener Partei zusammenfallen. Der nachgewiesene enge Zusammenhang mit einer politischen Partei verleiht der Vereinigung selbst politischen Charakter und es rechtfertigt sich durchaus, auf die Vereinigung diejenigen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes anzuwenden, die für „politische“ Vereine Geltung haben.“

Soweit die Begründung. Sie ist natürlich so löcherig wie ein Schweizerkäse, aber die Genossen können daraus lernen, wie vorzüglich man bei der Jugendorganisation jetzt verfahren

muß, um der Polizei auch seinen Vorwand zum Einschreiten zu geben.

Nach der Meinung gewöhnlicher Sterblicher kann ein Verein nur für politisch erklärt werden, wenn er sich selbst politisch betätigt. Die Berliner Polizei erklärt den Verein Jugendheim für politisch, weil er von Personen gegründet wurde, die sich auch für Politik interessieren. Ebensoviele macht die Tatsache, daß Sozialdemokraten in den Räumen des Vereins Reden halten, den Verein zu einem politischen. Auch Sozialdemokraten können unpolitische Reden halten.

Owegen die Maßnahmen legt sich überaus häßlich die Leitung des Reichs Jugendheim Beschwerde ein. Es hier damit Glück haben wird in der jetzigen Zeit des vom Reichstagsparlament organisierten Kampfes gegen die freie Jugendbewegung, ist sehr fraglich. Das junge, freibende Proletariat wird sich auch mit dieser neuen Art der Bekämpfung abzufinden tun. Die Vernichtung der freien Jugendbewegung gelangt wieder der Polizei noch den sonstigen feindlichen Mächten.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 29. März 1911.

Die Taktik der Sozialdemokratie.

Am Dienstag sprach der Genosse Reichstagsabgeordneter Fritz Geyer-Weipzig im Volkspartei über: Die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie. Der Vortrag sollte ursprünglich den Beschluß des vom Bildungsausschuss veranstalteten Vortragszyklus (8 Vorträge) bilden. Krankheit des einen, Arbeitsüberbürdung des anderen Referenten machten aber eine Änderung der Reihenfolge notwendig. — Genosse Geyer teilte mit, daß der Genosse W. am 10. April und der Genosse Lieblich an einem später noch bekannt zu werdenden Tage sprechen wird und gebädete dann mit einigen Gedanken und anerkennenden Worten der Partei und parlamentarischen Tätigkeit des Genossen Geyer, der in diesen Tagen sein 25-jähriges Jubiläum als Parlamentarier begehen konnte. Genosse Geyer antwortete darauf mit der einfachen Bemerkung, daß er nach seinen Kräften nur das getan habe, was er zu tun für eine Pflicht hielt, und es auch weiter so halten werde. Sodann begann er folgende zwei-stündigen interessanten Vortrag, um etwa folgende Ausführungen zu machen:

Unter Parteienakt in allgemeinen versteht man die „Kriegskunst der Parteien“ unter einander oder gegen die Regierung. Die Taktik der Sozialdemokratie unterscheidet sich wesentlich und grundlegend von der bürgerlichen Parteien. Jede von den bürgerlichen Parteien arbeitet nur darauf hin, im Staat ans Ruder, zur Macht zu gelangen, und ihre Taktik sind schließlich in den Regierungsmännern abgelaufene Diplomatenstücke. Aber für unsere Kampf ist es unbedingt notwendig, die Taktik der Gegner kennen zu lernen. Es gab eine Zeit unter Kaiserreich, wo ich unsere Gegner darauf beabsichtigte, die Sozialdemokratie mit rein geistigen Waffen zu bekämpfen. Als man sah, daß man dabei den Kürzeren zog, griff man bald zu brutaleren Mitteln. Die Gegner der Sozialdemokratie, die sich von unten heraus emporgearbeitet hatten, und auch für eine ideale Sache kämpften und noch kämpfen, waren den bürgerlichen Gegnern in politischer Beziehung geistig weit überlegen. Was die Sozialdemokratie in der Erziehung und politischen Bildung der Massen geleistet hat und noch leistet, steht in der Geschichte der Menschheit beispiellos da. In ihrer Presse und Literatur, in der geistigen Vertiefung der Volksmassen, darf sie als eine Kulturbewegung bezeichnet werden, wie sie bisher die Geschichte nicht gekannt hat. Die Bildungsmittel, über die die Partei verfügt, repräsentieren zugleich auch einen gewaltigen Fonds

an Kampfmitteln. Und auch in dieser Hinsicht kann sich keine bürgerliche Partei mit der Sozialdemokratie messen.

Die Taktik der Sozialdemokratie ergibt sich ohne weiteres aus den in ihrem Programm festgelegten Grundfragen; die Sozialdemokratie bekennt sich offen zu ihren Zielen und weiß es weit von sich, sie zu verfeinern! Anders die bürgerlichen Parteien. Das Ideal der Konservativen ist im Grunde genommen der absolute Despotismus — despotische russische Zarenismus, und wenn heute auch nur die Möglichkeit bestünde und sie noch die Macht dazu hätten, würden sie in Deutschland die politischen Verhältnisse wieder auf russische Verhältnisse zurückzuführen.

Die Nationalliberalen haben überhaupt kein Programm und sind die Umfallpartei (Dreh Scheitel) par excellence. Neuerdings haben sie die von Bismarck nun auf dem nationalliberalen Parteitag in Kassel gestellte politische Rede zum „Programm“ erhoben. In der politischen Geschichte des Deutschen Reichs haben sie eine geradezu schändliche Rolle gespielt und große geschichtlich-politische Momente haben in dieser Partei ein kleines Geschichtsbuch geschrieben. Die Nationalliberalen hielten es mit den Fortschrittlichen zusammen einmal in der Hand, in Deutschland würde Freiheit eingeführt, haben aber jämmerlich versagt. In reaktionärer Stimmung haben sie den Konfessionskämpfern etwas nach; ihre Haltung zum Sozialismus ergab sich schändlichen Anknüpfungen, die Wahlergebnisse verheerend waren. Die nationalliberalen Hülfe zustande gekommen sind und dergleichen Dinge mehr, beweisen es deutlich.

Der Freisinn, aber, wie er sich heute nennt: Fortschrittliche Volkspartei, hat allerdings so etwas wie ein „Programm“. Waren sie vor Jahrzehnten aber einmal Republikaner, so wetteifern sie heute mit den Konfessionspartei „Patriotismus“ und in „Königstreue“. Auch ihre Entwicklung ist, wie die aller bürgerlichen Parteien, vollständig nach rechts gegangen. Die Taktik der Fortschrittlichen Volkspartei ist heute ebenso unfähig und verdammt, wie ihre Ziele.

Genoss hat sich auch das Programm der Sozialdemokratie um die Zeit gekannt, aber immer nur nach der Forderung nach dem von der Partei aufgestellten Programm und Taktik stets den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anpaßte, und stets darauf bedacht war, vor Verfassung bewahrt zu bleiben. Das Ziel der Sozialdemokratie ist, wie die Wetteilung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die in ihrer Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine ungeheure Ungerechtigkeit der Menschheit darstellt, und ihre Erhebung durch die sozialistische Gesellschaft. Nach diesen Gesichtspunkten stellt auch die Sozialdemokratie ihre Taktik in den Parlamenten ein. Nun können ja die herrschenden Klassen gar nicht anders, als den sozialdemokratischen Forderungen sich einbar entgegenkommen. Aber das Grundprinzip: die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit, lassen sie nicht anstoßen. Das wird sich aber ändern, wenn die die Geschichte nach ihrem Willen gestalten kann. Eine andere Frage ist allerdings die, ob die herrschenden Massen der proletarischen Macht das Feld freiwillig, d. h. ohne ernsthafte Widerstand, überlassen werden; wir können ihre Verantwortung ruhig der Zukunft überlassen.

Für die bürgerlichen Parteien ist das Parlament ein taktisches Hilfsmittel zur Verwirklichung ihrer politischen Absichten. Ein solches Hilfsmittel ist es zwar auch für die Sozialdemokratie, insofern ist sein Sozialismus so naiv, zu glauben, daß mit dem Mittel des Parlamentarismus die kapitalistische Welt aus dem Abgrund gehoben werden könnte. In unserem Kampf müssen wir der Wahrheit und Aufrichtigkeit in ihrer Beziehung die Ehre geben. Wir richten unsere Taktik ganz nach den Mitteln ein, mit denen uns Regierung, Polizei und bürgerliche Parteien

ung, ihr Aussehen könnte auf deren Zustand zurückzuführen sein.

„Ja, danke, es geht ihr besser“, erwiderte sie lächelnd, und geizrecht fragte sie, ob sie ihm heute für sein Verhalten einen Dank schreiben sollte, und er antwortete, daß er sich nicht erlauben würde, ihr ein solches Schreiben zu schicken. „Vielleicht war ich doch lebend und wollte es ihm nur nicht sagen.“

„Nein, nein“, redete er ihr zu aus, „daran ist jetzt nicht zu denken. Bist du dich nicht wach, so geh doch lieber nach Hause.“

„Es ist nicht“, erwiderte sie, „erstlich ein Wohlwollen, so daß Lorenzen, der an die Wüste gegangen war und so tat, als hätte er von alledem nichts, ich abwandte, um seine Scham zu verbergen.“

„Ja, die ich schon lieber, zu Hause langweile ich mich doch“, erwiderte sie, nun selbst davon überzeugt, daß ihr nichts folgen mußte.

„Dann ruh dich nur noch gründlich aus, ich bitte dich darum“, sprach Kremen wieder auf sie ein. „Wenn du willst, kannst du mir etwas leihen, ich muß heute den Tag aus. Sögel wird kommen, der kann einholen geh’n. Ich brauche ihn jetzt wieder.“

„Nichtig, er ist ja denn hier“, sagte sie mit demselben Gleichmut.

„Woher weißt du denn das?“, fragte er, ohne sich in feiner Vorbereitung zu der Erläuterung zu lassen.

„Ich bin ihm neulich begegnet, er sah mich aber nicht“, erwiderte sie gelächelt, so daß Lorenzen's Gesicht sich leicht verfinsterte. „Er hat mich nur den Kopf als Zeichen des Bekanntheits; dann aber folgte er mir in den kleinen Nebenraum, wo sie gründlich aufraumen wollte, weil Lorenzen die Gemächtheit hatte, alles durcheinander zu werfen. Kremen steckte ihr eine kleine, goldene Brosche zu, die er in Hamburg für sie gekauft hatte. Sie sollte doch sehen, daß seine Gedanken bei ihr waren, wenn er auch vergeblich auf eine Partie von ihr getrachtet hätte.“

„Süß, nicht wahr?“, fragte er in der Art eines Mannes, der in dem Glauben lebt, sich in riesige Unkosten gestürzt zu haben. „Sehr nett und auch sehr niedlich“, erwiderte sie mit kindlicher Freude und drückte ihm warm die Hand. „Danke, danke.“

„Wer sie zeigte mich die Meinung, sich dann zu ändern, sondern ließ das Geschick in ihre Hände gleiten. Schweregeheim nahm sie die Grüns ihrer Mutter entgegen und hörte alles mit an, was er auf dem Herzen hatte. Man sie ihm in Hamburg außerordentlich entgegengekommen, so daß er sich jetzt ein ganzes Jahr glatt werde durchwinden können, was für seine ganze Zukunft von größter Bedeutung ist. Und als er sah, wie es um ihre Lippen spielte, erbeute er aus ihrer Bewegung die Anteilnahme an dieser Wendung seines Geschicks zu sehen. Sie aber dachte an anderes, an ihre Ceelenpein und an das Weh, das sie ihm bereitet hatte, ohne daß er es wußte!“

(Fortsetzung folgt.)

Was ist Rubm? [Redaktion]

Roman von Max Kröner

Lorenzen steckte den Kopf zur Tür hinaus und sah ihm nach, bis er vorn in der Einfahrt verschwand. Dann nahm er ein Stück Papier, steckte den Federhalter davor, steckte ins Entenfaß und machte in großen Buchstaben die Aufschrift: „Mutter geschlossen.“ Und gerade, als er den Bogen mit dem Schlüssel angeheftet hatte, kam Klara, das Kleid hochgehoben, mit Verpöhlung angeklüßelt. Die Tür fiel hinter ihr ins Schloß, und der Niesel slog durch die Krampe; dann waren beide mit ihren klopfenden Herzen allein. Und Lorenzen sogerte nicht länger; er zog sie an sich, streifte ihr den Schalter vom Gesicht und küßte sie lange und heiß, wie schon einmal, als ihr der Atem ausgegangen war.

„Nicht so heimlich, nicht so heimlich!“, hauchte sie, widerstandlos unter seiner Haut. „Wäre ich doch nicht gekommen, ach, wäre ich doch nicht gekommen!“

„Dann hätte ich dich geholt“, sagte er lachend, zog ihr die lange Nadel aus dem Hut und sagte die mit dem Götterkissen, während er dann mit behaucht von diesem Empfang, langsam die Knöpfe des Jacketts löste, erging er sich wie ein Unfinger in neuen Partikeln, gerade als hätte er jahrelang auf dieses Lieben gewartet. Als es aber zu viel wurde, wehrte sie ihn ab und sagte mit einem harren Blick, der sich ganz anders, als bei dem Vorher, wie er nicht artig sein konnte. „Ich bin über dich, aber nicht die Geliebte.“ Und als sie zu dem Ofen schritt, um sich die Hände zu wärmen, erhauchte sie, als wäre jetzt wirklich das grünaugige Ingeheuer hinter ihr her, mit dem Kremen sie damals an den stillen Wänden so sehr erwidert hatte.

Kremen lehnte unerbittlich gegen nach vier Tagen, und zwar in später Stunde zurück, so daß es Lorenzen gelang, Klara sofort davon zu benachrichtigen, was eigentlich überflüssig war, denn sie wußte schon von Kremen, daß sie am nächsten Morgen im Atelier sein sollte. Sie kam aber nicht, sondern schickte einen Jungen mit der Entschuldigung, daß sie sich nicht ganz wohl fühle, und ihre Mutter wieder „bedauern“ das Weichen habe, so daß sie zu Hause nicht sei. In Wahrheit wollte sie sich erst, zu verschaffen und auf Umwegen durch Lorenzen erfahren, wie Kremen's Stimmung sei.

„So find nun die Weiber“, sagte die, nachdem er den Jungen mit einem halben Nadel entlassen hatte. „Wenn man sie gerade am meisten braucht, ist sie nicht zu haben.“

„Was, so find sie?“ rief Lorenzen ein, erfüllt von demselben Gedanken. Kremen aber dachte sich nichts Besonderes dabei, denn auf diese Art war sie öfters ausgeblieben. Trotzdem zeigte er sich

gut ausgerüstet, denn er hatte einen ziemlich großen Koffer mitgebracht, der über das Fernschloß hinausging und mit dem es nicht besonders eilte: ein figurenreiches Wollekleid für ein Erbgöggen, dessen Gestaltung ihm ganz überlassen blieb. Das gab Brot, und die Handtasche dabei war, so konnte Klara arbeiten, und die Handtasche dabei war, so konnte Klara arbeiten. „Ja, habe da ein bißchen an meiner Ewa herumgesehen, aber es ist nicht viel geworden“, erwiderte Lorenzen ziemlich kleinlaut.

„So, also endlich“, sagte Kremen wieder, völlig ahnungslos. „Hast du etwas gekauft, was dich was?“

„Es ist nicht viel zu sehen“, redete sich Lorenzen aus. „Sie ist mir wieder ausgeblieben.“ Trotzdem waren es die feuchten Lippen berührt, aber langsam, mit klopfendem Herzen, als müßte er sich selbst vor scharfen Augen bloßstellen.

Kremen jedoch hatte nur noch für ihn. „Sehr fein, sehr fein“, rief er aus, „das kann was werden. Wo hast du die denn aufgehängt? Ist es die Stoff?“

Kremen und unterer Teil waren noch angelesen, aus der Wüste jedoch konnte man schon die feinen Linien eines schönen Körpers bemerken, die den Kenner mit besten Hoffnungen erfüllen mußten. Lorenzen, stets bestrahlt, etwas anderes zu machen als er sah, war über diesen Blick nicht hinausgekommen, was auch damit zusammenhängend, daß er zwei Vormittage gründlich verschlafen hatte, und daß Klara auch dritten seinen Weibchen gefolgt war. Am Abend vorher hatte er sich endlich zu überreden verstanden, mit ihm ein Theater zu besuchen und dann das Nachtleben Berlins einmal gründlich zu durchkosten, wofür sie zu Hause die Entschuldigung erfinden hatte, sie sei zur Geburtstagsfeier einer Freundin gewesen. Einmal auf die höchste Bahn geraten, war sie langsam, wie in einem Traum, wieder getrunken, ohne das Bewußtsein eines förmlichen Erwachsens zu haben.

„Nein, es ist eine andere“, erwiderte Lorenzen nun gefast, „ich hab sie auch schon gesehen.“

„In der Tat war ihm die Arbeit bereits gleichgültig geworden, denn sein Verlangen war gestillt worden. Als er sich dann weiter aufzuwachen, sagte Kremen auch nichts mehr; sein Weibchen an dem Schaffen des Freundes war erschöpft, und so ging er, erfüllt von anderen Dingen, ruhig an die eigene Arbeit.“

Als am anderen Vormittag Klara auftauchte, hatte sie zwar ihr altes fremdenläsches Röckchen bereit, aber Kremen sah ihr doch sofort an, daß sie nicht mehr die frühere Klara sei. „Nur Sachen mehr gewonnen, und wenn er mit ihr sprach, so schien sie ihre Gedanken zusammenzufassen. Ein fremder Jung lag in ihrem Gesicht, und sobald er sie jetzt anblickte, schlug sie die Augen nieder, wofür sie früher selten getan hatte.“

„Wie geht's deiner Mutter?“ fragte er endlich, in der Wei-

Bekämpfen. Die Taktik der Sozialdemokratie muß alle Volksteile im Auge haben; wir wenden uns mit unseren Grundgedanken und Forderungen an das gesamte Volk und suchen es für die gerechte Sache der Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Wahrheit und Gerechtigkeit, die die sozialdemokratische Partei auf ihrer Fahne geschrieben hat, suchen die Gegner mit Lüge, Schmeißen und Demagogie zu begegnen, womit sie bei den unwissenden Volkswahlen oftmals leider immer noch Erfolg haben. Diese Taktik muß vor allem auch an der Front sein, aber wir müssen uns in unserem Kampfe immer von den höchsten und besten menschlichen Eigenschaften leiten und treiben lassen. Treue zu unserem Programm, Disziplin, Opfermut, das müssen für jeden Parteigenossen die Keimzelle im Klassenkampfe sein. Wenn die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Mitglieder ihren Zuhörern immer als Verworbene hinstellen, so sollen sie damit der Sozialdemokratie ungewollt ein glänzendes Zeugnis aus — um sie nachher desto heftiger zu bekämpfen!

Es entsteht nun die Frage: Sollen wir mit den bürgerlichen Parteien Kompromisse abschließen oder nicht? Der Gegner hält Kompromisse für unnötig und für einen prinzipiellen und taktischen Fehler. Nicht einmal das nationale liberal-socialistische Kompromißprogramm in Warschau war eine politische Notwendigkeit. Aus diesem Kompromiß ergeben sich dann solche schmerzlichen Dinge wie die „Kofanage“, durch die die ganze Partei blamiert wird und die über ganze republikanische Aufstellungen ins Gesicht schlagen! Wenn es doch möglich wäre, gegen die Übernahme solcher hinfälliger und gesellschaftlicher Verpflichtungen einen simplen Vizepräsidenten ein, ein ganz wertloses „Äquivalent“. Wir verlangen Gleichberechtigung für alle Parteien, ohne jemand zwingen zu wollen, etwas zu tun, was seinen Grundgedanken widerspricht.

Es wäre unverantwortlich von uns und würde alle sozialdemokratischen Beziehungen widersprechen, wollte man etwa den kommenden Wahlkampf nur allein von dem Gesichtspunkt aus führen: gegen den schwarzblassen Blod. Wir haben immer einen grundsätzlichen Wahlkampf geführt und werden und müssen ihn auch in Zukunft führen! Die gegenwärtige politische Konstellation macht die Stimmung im Volke gegen den schwarzblassen Blod erstärkt, und wir werden natürlich auch alles tun, um die gegenwärtige Stimmung zu nutzen, ohne uns jedoch der Furcht hingeben zu lassen, daß eine andere partei bürgerliche Mehrheit um vieles besser sei als die „Ärter und Weissen“. Ein etatistisches Beispiel ist ja der verachtete sogenannte „Fulmbloß“, der der Regierung ihre Forderungen genau so bewilligte wie jetzt der Schnapsblod. Alle die Millionen für Militär und Marine, alle die indirekten Steuern sind der Regierung von Nationalliberalen und Freisinnigen vorher gleichfalls ohne Würden bewilligt worden. Sie machen jetzt nur Opposition aus Ärger darüber, daß sie von der Regierungstruppe negiert wurden. Und wenn uns die Liberalen versichern, daß ihre Wähler bei den kommenden Wahlen immer gegen den schwarzblassen Blod stimmen würden, so ist — Wie es Nidda da es gesagt! — darauf nicht viel zu geben. Stimmen die Liberalen in der Stichwahl wirklich für einen Sozialdemokraten, so nehmen wir selbstverständlich die Unterlegung gern an, ohne uns insofern darüber in geringsten zu kümmern, daß es nicht um der schönen Augen der Sozialdemokraten willen, sondern nur geschieht, um den schwarzblassen Blod zu zwingen. Für die Sozialdemokratie war es bisher selbstverständlich, daß sich in der Stichwahl in der Regel immer für einen aufrichtigen Liberalen entschied, und so wird es auch in Zukunft verlaufen.

Wie die Kompromisse der Partei keinen Vorteil bringen, so kann ihr auch irgend ein sozialdemokratischer Minister, den sie dagegen einsetzt, nichts nützen.

Der Mittelständismus, Friedlandismus in Frankreich, der Reformismus in Italien usw. sind abschreckende Beispiele genug, um vor dem Einschlagen einer solchen Taktik in den deutschen Kleinstaat zu warnen.

Unstreitig die „Kompromisse“ ergeben sich bei den Abstim-mungen im Parlament oftmals recht zufällig; und es ist vorgekommen, daß die Sozialdemokratie z. B. beim Jesuitengesetz die Opposition des Zentrums unterstützte. Das brachte schon der Umstand mit sich, daß die Sozialdemokratie Gegen-satz in jeder Ausnahmegelegenheit ist. Und so liegen für solche Zufälligkeiten noch eine ganze Reihe Beispiele auf.

Unser Kampf richtet sich gegen das gesamte kapitalistische System, und aus diesem Grunde bewegen wir den Massenstaat auch die Mittel, die zu seiner Aufrechterhaltung und Stärkung dienen. Deshalb dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen! Änderungen und Gesetzesvorlagen, die als bestehende Normen bezeichnet werden können, hat die Sozialdemokratie aber niemals ihre Zustimmung gegeben. In erster Linie läßt sie sich dabei nicht, wie in ihrem großen Kampfe überhaupt, von der Idee leiten, die Arbeiterklasse kulturell zu heben, und tragen von dem Bewußtsein: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein! (Lebhaft Beifall.)

Stimmung, Metallarbeiter!
Bei der Sitza A. Tag sind die Differenzen erledigt; die Forderungen wurden bewilligt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Verhandlung.

Es bleibt bei dem Verbot!
Allmächtig ist in Preußen die Polizei und in Halle herab! — „Heine Lawow“ Herr Wiedemann als ihr allwissender Chef. Nicht! Traugott von Jozow sein Hauptaugenmerk auf die Regelung des Berliner Straßengerichtes (als Senior) auf die „Hühnung“ mit Schaulpielereien (Sonntags nachmittags um halb fünf!), so nimmt sich Herr Wiedemann mit nicht geringerer Liebe des „Volksparke“ an. Welch ein unüberlieferlicher Schaffsin ist nicht aus der Furcht, die die Polizei für die Besucher des Volksparks dadurch an den Tag legt, daß sie durch diese oder jene Einrichtung Gesundheit und Leben der beim der Hellenen Arbeiterklasse verkehrenden Gäste gefährdet erscheint! In dieser ihrer wahrhaft rührenden Furcht kann sie sich gar nicht genug tun, und sie geht darin — „es wächet der Mensch mit feinen höheren Sinnen!“ — eigentlich viel weiter, als die denen all dieses Wohlwollen angeblich ist, darauf Anspruch erheben. Aber gleichwohl: eine Polizei, die ihre hohe Aufgabe ganz ergreifen hat und weiß, was ihres Amtes im Saat ist, läßt sich selbst durch Unand in der Fortsetzung ihrer fürsorglichen Tätigkeit nicht ein Jota irren machen! Und wenn die Polizei auf diesen lobenswerten Fäden unversichert weiter zu wandelt, dann wird sie über kurz oder lang noch die famose Entscheidung machen, daß der Zutritt zum Volkspark im Interesse der Ordnung und Sicherheit oder wegen — was falligst bei der Gebäude überhaupt nicht mehr gestattet werden sollte.

Ein feiner Anfang nach dieser Richtung hin ist bereits gemacht. Wie den Verordnungen des Volksparks bekannt ist, hat Herr Wiedemann der Polizeidirektion Schlicht-Hainigkeits Hausfrau, die zu Bekleidungsarbeiten von Zeit zu Zeit unterhaltende Veranstaltungen für ihre Abonnenten trifft, das Abhalten einer gleichen Veranstaltung zunächst mit dem Einwand unterlegt, daß das Verbot von der Regierung in Merseburg erfolgt und es daran unzulässig sei. Als man Herrn Wiedemann einige Tage darauf nachwies — daß man in Merseburg von der ganzen Sache überhaupt nichts gewußt habe, (1) verfuhr er sich damit auf der Police zu ziehen, daß er den Angeklagten aufzufordern, ihn nicht mehr zu belästigen. Später hat man als Grund des Verbots angegeben, daß die Genehmigung zu der Veranstaltung deshalb nicht hätte erteilt werden können, weil zum ehemaligen Eintrittsgeld hätte erhoben werden sollen und der Volkspark die sogenannte Einzelplatzbesitzer nicht hätte (auf dem vorgehenden Programm war ein Theaterstück vermerkt). Obgleich man sich zu einer Programmänderung bereit erklärte, und ungeachtet der Tatsache, daß frühere Veranstaltungen in den Anstalten, die das Verbot nicht zurückschicken, abgehalten worden waren, wurde das Verbot nicht zurückgenommen. Das bürgerliche Publikum, aus dem sich in der Hauptsache diese Abonnenten zusammenfanden, war nicht wenig verblüfft über die wohlweisliche Entscheidung der Police. Man berichtigte sich selbstverständlich nicht bei dem Verbot, dessen „Begründung“ diesen Leuten (und wohl Meib) durchaus nicht einzuflößen vermochte, und vertagte die geplante Unterhaltung auf den 7. April. Diesmal verbot sie aber Herr Wiedemann kurz-hand ohne sich erst noch lange der Mühe zu unterziehen, so etwas wie „Gründe“ für das Verbot anzugeben!

Nun werden die Absteigenden sieder von der Notwendigkeit des Verbots ebenso überzeugt wie von dem, daß Recht und Polizei in Preußen die objektiven Behörden der Welt sind. In solchen Fällen gratulieren wir der Hallischen Polizei gern!
Wie uns noch mitteilt wird, hat die Verwirklichung des Planes Schlicht-Hainigkeits Hausfrau Bekleidung gegen das Verbot des Herrn Wiedemann erhoben. (Zu der geplanten Veranstaltung sind bereits 1200 Eintrittskarten angegeben worden.) Es wird sich also zeigen, ob die Police in Halle in ihrem Tun sakrosankt ist und ihre Macht gebrauchen kann wie es ihr gefällt.

Nach ein Polizeiverbot!
Es kommt immer besser. Gerade zur rechten Zeit und als treffliche Illustration und Ergänzung zu dem vorstehenden Artikel, geht uns die Meldung zu, daß der Polizeichef von Halle, Herr Wiedemann, die für morgen, Donnerstag, beabsichtigte Theateraufführung im Volkspark (Die Waffen nieder!) verboten hat! Eine sofortige mündliche Anfrage nach den Gründen des Verbots tat der Herr Polizeichef mit der lakonischen Bemerkung ab, daß er sich auf „mündliche Verhandlungen“ überhaupt nicht mehr einlasse. Selbstverständlich hat die Police das Recht und die Macht, die Form, in der sie mit den Leuten, die mit ihr zu tun haben, umzugehen wünscht, selbst zu bestimmen. Aber wenn Herr Wiedemann glaubt, mit seinen Verböten viel zu erreichen, so mag er sich gelagt sein lassen, daß er sich gewaltig auf dem Solzwege befindet. Wir verlangen seine Rücktritt von der Police, und wenn sie von ihrer Macht noch so sehr Gebrauch macht, aber die Hallische Arbeiterklasse wird jeden von der Police geführten Schlag kräftig zu parieren wissen! Das darf man gewiss sein!
Auch dieses Verbot wird angefochten werden.

Historischer Tageskalender für Halle.
30. März.
1808. Errichtung eines Landes-Konfessionsrats durch die westfälische Regierung. (Halle westfälisch bis 1813.)
Der Verwaltungsbericht der städtischen Sparkasse, für das Jahr 1910, der eben erschienen ist, ergibt folgendes Bild von dem Stand der Halle: Zum Umlauf waren insgesamt 93508 Spar-tanenbücher über 89067, um Schluß des Jahres 1909. Sie verteilen sich auf 81615 Stück bei der Hauptstelle, 7574 Stück bei der Zweigstelle Süd und 4289 Stück bei der Zweigstelle Nord. Die im Umlauf befindlichen Bücher enthielten Einlagen: bis 60 M.: 35025 Stück gleich 3745 Mtes., über 60 M. bis 150 M.: 13367 Stück gleich 1451 Mtes., über 150 M. bis 300 M.: 11184 Stück gleich 1185 Mtes., über 300 M. bis 600 M.: 11827 Stück gleich 1243 Mtes., über 600 M. bis 1500 M.: 12858 Stück gleich 1375 Mtes., über 1500 M. bis 3000 M.: 5701 Stück gleich 610 Mtes., über 3000 M. bis 10000 M.: 3408 Stück gleich 371 Mtes., über 10000 M.: 185 Stück gleich 630 Mtes., zusammen 93508 Stück gleich 100 Mtes.
Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß mehr als ein Drittel der Einleger mit einer Summe vertriehen ist — bis 60 M. — die als Sparsumme gar nicht der Rede wert ist und höchstens als ein Notwendigkeit für die mancherlei unvorhergesehenen Zufälle des Lebens angesehen werden kann. Gar nicht zu reden aber von den Millionen die von der Hand in den Mund leben und überhaupt nicht als „Sparen“ denken können, weil sie zum Leben nur das Notwendigste haben oder oft nicht soviel verdienen, um sich fast essen zu können. Aber auch die anderen Einleger, die sich mit Mühe und Not bis zu 600 M. abgepart haben, können noch lange nicht als „Rentiers“ angeprochen werden. Es ergibt sich somit, die Zahl von 150 bis 300 M. mitgerechnet — das es 76,24 Proz., aller Sparner nur auf eine recht bescheidene Summe zu bringen vermochten.

Das verdient besonders deshalb hervorgehoben zu werden, weil die Gegner der Sozialdemokratie die relative Zunahme der Spar-einlagen fortgesetzt als „Beweis“ dafür anführen, daß „das Volk“

in steigendem Maße an dem allgemeinen Wohlstand teilnahme und gar keine Ursache habe, mit seiner Lage unzufrieden zu sein. Gewiß wird auch bei der städtischen Sparkasse die Einlagen, die im Jahresumsatz 1909 9040363,88 und Ende 1910 5256445,25 Mtes. betragen, um 2260983,72 Mtes. gestiegen. Und wenn man sich abmüht auf ein Stück durchschnittlich 53,10 Mtes. eingeteilt werden, so belief sich der Durchschnitt im Berichtsjahre auf 661,92 Mtes. Um aber einen richtigen Maßstab für die Größe der eigentlichen Einlagen zu gewinnen, müßte man die Einwirkung der wirtschaftlichen Krise der Vorjahre, Bevölkerungszunahme usw. zum Vergleich heranziehen. Aber selbst gegenüber den größten Klassen in Berlin sind die städtischen Sparkassen, ist aber der einjährige Wohlstand, der angelegt werden darf, wenn wir ein getreues Bild von der wirklichen Lage der großen Masse des Volkes erhalten wollen. Und da ergibt sich denn in der Tat, daß die Arbeiterschaft heute relativ und absolut um nichts besser gestellt ist, als vor 50 Jahren.

Achtung, Arbeiterturner! Die Turnstunde der 1. Abteilung, findet, wie gewöhnlich, am Donnerstagabend im Volkspark statt. Wohlthätiger Besuch erwünscht.

Die studentischen Universitätsferien für Arbeiter beenden in diesem Jahre am 7. September. Im Vorfeld zu anderen Univer-sitätsstädten ist die Einrichtung in Halle verhältnismäßig jung und noch nicht genügend bekannt. Demnach zeigt ein Ausblick auf die Entwicklung der Kurie ein heiliges Wachen. Sowohl die Zahl der beteiligten Studenten als die der Hörer ist von kleinen An-zahlen an zunehmender Höhe gegangen. Auch der Verkehr ist durch mannigfache Einrichtungen und Erweitern von Semestern zu Semestern ausgebaut worden. Es waren im vergangenen Semester 33 Studenten als Lehrer und Vorleser mitgeholfen außer 15 Hörschülern für Vorträge usw. Mit. Die Hörschul auf 2500 St. Da von diesen 361 Hörern ein Teil an zwei Stellen teilnahm, stellte die Zahl der Anmeldeungen auf 631 in der Zahl der Hörschüler, die eine oder mehrere akademische Semestern von über 150 Hörern. Wer einrichtet werden wurde für Anatomie und für Buchführung, Deutsch, Rechnen, Geometrie und Algebra, Geographie, Schöndreibern wurde weitergeführt. Als Universitätsmusik dienten drei städtische Schulen, die der Musik in entgegengesetztem Maße zur Verfügung gestellt. Ungeordnete Veranstaltungen, wie Musikführungen, Vorträge, geistliche Absche usw., geben dem Ganzen einen harmonischen Anstrich und laden fremden Anklang. Alles über die Kurie im Sommersemester wird Mitte April an dieser Stelle mitgeteilt werden.

Das neue Schauspielhaus, das ein Konfession in Halle erbaut werden soll, wurde der bürgerlichen Presse gelocher wird, seiner Verwirklichung einen wesentlichen Schritt näher gerückt. Die Summe der Summe, das nötige „Geld“, wird man jetzt vollständig bekommen haben. Man kann „losgehen“ werden des neuen Theaters sind der bisherige Opernführer Max Biersch und der Domatur und Regisseur Hans Danjen, der früher am Stuttgarter Hoftheater und am deutschen Theater wirkte. Gezielt soll alles werden: vom klassischen Drama bis zur Operette. In Halle sind die Vorstellungen zu geringen Entgelt, und zwar als erste Konzerte, finden an-bereit werden, sollen das Kunstverständnis der „ärmeren Schichten“ befriedigen. Die Generalproben der Künstler und der herpor-tugendlichen neueren Werke sollen diesen Unternehmungen dienen (2). — Was sonst noch mitgeteilt wird, hat für die Leser des Volksblattes nur geringes Interesse. Am nächsten sind wir noch nicht über davon überzeugt, daß der Mann Verwirklichung finden wird und halten es deshalb vorläufig noch mit Kritik zurück: „Klage und Flußchen ist ein gutes Gießen, aber haben auch man's...“

Volkskass-Theater. Für Donnerstag ist die letzte Aufführung von Großstadt angelegt. Der Monatsavaler ist nun soweit vorber-eitet, daß am Mittwoch und Donnerstag die vollständigen Generalproben abgehalten werden können. Premiere findet nun am Freitagabend 7 Uhr bei vollständigem angepöbeltem Abonne-ment. Das Programm als erste Konzerte, findet in diesem Jahre. Die drei weiblichen Hauptpartien werden von der König-lammer-Gängerinnen Eva von der Eichen, Margarethe Siems und Minnie Wolf getragen.

Halle-Kass-Theater. Nur noch 3 Tage bietet sich Gelegenheit, das brillante Märzprogramm in Augenschein zu nehmen, da sich Ende des Monats sämtliche Spezialitäten verabschieden und bis zum Herbst kein Variete-Programm mehr gegeben wird.

Im „Volkstheater“ beginnt nächste Sonnabend, den 1. April, das Max Weber-Gesellschaft, Leitung: Direktor von Santis, sein Gespiel. Als einzig hierin vom Halla-Theater zu Berlin aufweis-tierte Tourneegesellschaft bringt die Halle das Theaterstück dieses Theaters „Reinhold Weichbach“, das in Berlin seit ihrer Premiere am 6. August vorigen Jahres täglich ausverkauft Käufer erzielt.

Stimmendiebstähle auf den Friedhöfen sollen in letzter Zeit wieder häufig vorkommen sein. Wegen solche Diebstahl, die bei jeder Viertel fremde Gräber ihres Inhaltes mitbestanden, sollte man alles anstreben, um ihrer habhaft zu werden. In diesem Hinsicht sind zu überantworten. In letzter Höhe sind eine Anzahl Fälle zur Anzeige gebracht und gerichtlich verfolgt worden. Die Diebe bedienen sich zur Ausführung ihres frevelhaften Vor-habens sogar der Nachtszeit. Von den zur Nachtszeit ausgeführten Diebstählen sind durch die Unternehmung ausführenden Fried-hofs-Angestellten auch mehrere zur Anzeige gebracht worden. Aber auch die Maßnahmen der Verwaltung durch Einstellung von Aufsuchspersonal vermochten das Schelen auf den einzelnen Grabstättenplätzen nicht ganz zu verhindern. Das Publikum wird deshalb auf tun, den Vorfällen auf den Friedhöfen mehr Beachtung zu schenken und jede Wahrnehmung eines Diebstahles oder weiteres dem nächsten auf dem Grabstättenplatz befristigten Angestellten oder dem Aufsuchspersonal des Friedhofs anzugeben.

Straßenverkehr. Zu der Merseburger Straße liegt heute, Mittwoch morgen, zwischen 6 und 7 Uhr ein scharfes Verkehrswert mit einem Wagen der Halle-Merseburger Straßenbahn zusammen. Der Anprall war so stark, daß der ganze Vorderpertron des Straßenbahnwagens demoliert wurde. Zu Schaden ist niemand gekommen. Einzelne über den Vorgang sind uns nicht bekannt.

Nietleben. Der Streik der Arbeiter in der neuen Zementfabrik in Nietleben ist beendet. Die angebotene Lohnbedingung ist durch Verhandlungen worden, und wurden noch ein kleine Verbesserungen erzielt. Die bürgerliche Presse hatte „gedröh“, daß die Arbeit unter (1) den alten Bedingungen wieder aufgenom-men worden wäre. Das war also ein — Erfolg.

Soziales.
Die Unerschbarkeit der Altersrenten
Als vor nunmehr ganzzig Jahren das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft trat, das konnten die bürgerlichen Literaten nicht Worte genug darüber verlieren, daß nun auch der alte Arbeiter seine „Rentier“ erhalte, daß er sich, wenn keine Arbeitskraft erschöpft sei, der „Ruhe“ hin-gedenken könne usw., und neuerdings ist zu diesen auch noch das

Casimir Tischdecken Bettdecken Toppiche Portieren **M. Schreiber** Leipzig-Str. 94. 5% Rabatt auf alle Waren. Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219110330-18/fragment/page=006 DFG

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Halle a. S.

Achtung!

Achtung!

Maurer und Bauhilfsarbeiter von Halle

und Umgegend.

Sonntag den 2. April 1911 vormittags 11 Uhr
im Volkspark, großer Saal:

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Die Arbeiterbewegung, ein Hebel der Kultur“. Ref.: Gauleiter Jul. Koch, Magdeburg.
2. Bekanntgabe der Statistik über das Abonnement des Volksblattes und über die Mitgliedschaft des Sozialdemokratischen Vereins.
3. Sommer-Vergnügen.
4. Gewerkschaftliches.

Kollegen! Zu dieser wichtigen Versammlung ist es Pflicht, daß ein jedes Mitglied mit großem Interesse und Eifer dafür sorgt, daß die Versammlung gut besucht wird. Die Ortsverwaltung.

Wichtiges Mitgliedsbuch legitimiert.

NB. Die Kollegen, welche arbeitslos sind, müssen sich Donnerstag zwecks Abkempfung zur Kontrolle im Bureau melden. Wer sich nicht meldet, muß seinen Beitrag zahlen.

Laut Tarifabschluß vom 23. August 1910 mit dem Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Halle a. S. und der unterzeichneten Organisation beträgt der Stundenlohn ab 1. April 1911 für folgende Lohnbezirke:

ab 1./4. 1911	ab 1./4. 1912	ab 1./4. 1911	ab 1./4. 1912
Im I. Lohnbez. Stadtgebiet Halle a. S. mit den dazu gehörigen Berufsarten:	31.2. 1913	Im III. Lohnbez. Landbez. Oppin mit den dazu gehörigen Berufsarten:	31.3. 1913
für Maurer	60 J 62 J	für Maurer	45 J 46 J
„ Bauhilfsarbeiter	50 „ 52 „	„ Bauhilfsarbeiter	38 „ 39 „
„ Skalf- und Steinträger beim Mauern, Betonarbeiten u. Putzen, wenn nicht im Afford getragen wird	60 „ 62 „	Im IV. Lohnbez. Stadtbez. Wettin mit den dazu gehörigen Berufsarten:	
		für Maurer	40 „ 41 „
		„ Bauhilfsarbeiter	36 „ 37 „
Im II. Lohnbez. Landbez. Wittenberg mit den dazu gehörigen Berufsarten:		Im V. Lohnbez. Landbez. Zeitz-Wallwitz mit den dazu gehörigen Berufsarten:	
für Maurer	52 „ 54 „	für Maurer	42 „ 43 „
„ Bauhilfsarbeiter	43 „ 45 „	„ Bauhilfsarbeiter	37 „ 38 „
„ Skalf- und Steinträger beim Mauern, Betonarbeiten u. Putzen, wenn nicht im Afford getragen wird	52 „ 54 „	Im VI. Lohnbez. Stadtbez. Köthen mit den dazu gehörigen Berufsarten:	
		für Maurer	37 „ 38 „
		„ Bauhilfsarbeiter	32 „ 33 „

Im VII. Lohnbez. Stadtbez. Landsberg und Umgegend:

für Maurer 1912: 45 J 1913: 46 J

An Lohnzuschlägen zu vorstehendem Lohn wird gezahlt:

	Für Überstunden	Für Nachtarbeit	Für Sonntagsarbeit und für Arbeiten an gesetzl. Feiertag.	Für Wasserarbeiten im Wasser von über 2 Stunden Dauer	Für alle Kellerarbeiten u. Karbolinum-Arbeiten
im 1. u. 2. Lohnbez.	10	20	20	10	10
im 3. bis 6. Lohnbez.	5	10	15	—	—

Im Lohnbezirk Stadtbezirk Halle a. S. mit den angrenzenden Ortschaften: Seeben, Diemitz, Böllberg, Wörmlich und Paffen-dorf wird vom 1. April ab am Sonnabend um 5 Uhr Feierabend gemacht und zwar unter Wegfall der Vesperpause, so daß für den Sonnabend die Arbeitszeit nur 9 1/2 Stunden beträgt.

Bei Nichtzahlung des Lohnes ist sofort Meldung an die Verbandsleitung zu machen.

Im übrigen eruchen wir die Kollegen, sich den Tarif genau durchzusehen.

Der Vorstand
des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

H K Briketts 60 Pfennig pro Zentn. frei Haus.
Press-Steine 12 Mark pro 1000 St. frei Haus.
Halleches Kohlenwerk G. m. b. H.
Brüderstrasse 5. Halle a. S. Telefon 782.

Möbel: Kleiderkoffer 26 Mk., Verticos 35 Mk., Spiegel an. gebl. 6/10 Mk., Sofas, Vertik., Wärrassen Tisch, Stühle, Büchermöbel billig an verkaufen. August Heise, Weisf. 31.
Geröstete Kaffees von 1.40 bis 2.— empfiehlt in vorzüglicher Qualität Carl Boock, Obst, im Turm.

Die Besondere Verantwortlichkeit: Carl Boock, Obst, im Turm. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei. (G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. G. o. b. 1911. — Samml. i. Halle a. S.

Wollen Sie sparen?

so machen Sie einen Versuch mit unseren Garderoben. Wir empfehlen von feinsten Herrschaften wenig getragene, von ersten Schneidern angefertigt, Paletots 8 12 18 Mk. usw. Anzüge 10 14 20 Mk. usw. Fracks und Gesellschaftsanzüge werden zu billigsten Preisen verliehen. Abteilung II:

Elegante neue chike Garderobe. Kaufhaus für Herren-Bekleidung, (G. m. b. H.) Halle a. S., Leipzigerstr. 11, gegenüber der Ulrichskirche. Bitte im eigenen Interesse auf Hansnummer 11 zu achten!

Ortskrankenkassend. Sattler, Maler etc.

Donnerstag den 6. April abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Hof“, Gr. Berlin 14,

General-Versammlung

für die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Betrieben der Sattler, Tapezierer und Tischler, Buchbinder, Gerber, Kürschner, Benfiter, Handschuh- und Mützenmacher, Maler, Photographen, Lackierer, Vergolder u. Goldbleistift-Fabrikanten, Perückenmacher, Coiffeure u. Barbieren.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Revidenten über das Rechnungsjahr 1910. 3. Bericht der Revisoren und ev. Antrag über Entlastung des Revidenten. 4. Die Einigungsvorschläge des Herrn Dr. Herzau zur Verzeigerung. 5. Klassen-Angelegenheiten.

Um zahlreichem Besuch der Versammlung erucht

Der Vorstand. J. A.: Karl Holubek, Vorsitzender.

Halle'sche Möbelhallen
Th. Pollak
Fernruf 1313.
Brüderstrasse Nr. 12.
Anerkannt beste Bezugsquelle.
Möbel
jeder Art
In reichster Auswahl, gediegener Arbeit
billigst!
Spezialität:
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
und
Einrichtungen von Hotels u. Restaurants
stets vorrätig.

:: Geschäfts-Verlegung. ::
Am Sonnabend den 1. April verlege ich meine
Fein- u. Kuchenbäckerei nebst Café
(Spezialität: Hallorenkuchen, Zwiebackfabrikation)
nach meiner eigenen, modern eingerichteten Bäckerei
Kleine Märkerstr. 10 (Eing. Leipzigerstr.)
neben Musikhaus G. Uhlig und Bruno Freytag.
Ich werde auch weiterhin bestrebt sein, den alten Ruf meiner Firma hochzuhalten und das mir seither in so reichem Masse bewiesene Wohlwollen und Vertrauen zu rechtfertigen.
Halle a. S., den 25. März 1911. Hochachtungsvoll
August Lauffer Nachf.
Inh. Emil Wunderlich.

Photographie Benckert,
Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstr. 29. Gegründet 1856
Preis für Glasbilder: Preis für Malbilder:
12 Bild 3.00 Mark, 12 Bild 4.50 Mark,
12 Cabinet 6.00 Mark, 12 Cabinet 8.00 Mark,
12 Vitoria 4.25 Mark, 12 Vitoria 5.75 Mark,
in bekannter tabelloser Ausführung und Haltbarkeit.
Paul u. Max Drietchen.
Zigarren-Zigaretten-Tabake.
Wörmitzerstr. 109. En gros! Kestersteinstr. 1,
Merseburgerstr. 48. En detail! Ecke Hospitalplatz.

Möbel-Fabrik
der
Vereinigten Tischlermeister,
Kl. Steinstrasse 6,
empfiehlt ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.
Lampen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi, Guss
Albert Bode jun., Stauffstr. 29.

Makulatur hat abzugeben Halle'sche Genossenschafts-Druckerei.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung, Dienstag, den 28. März 1911, mittags 12 Uhr.
Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Abg. Bill (Eis.) wünscht, daß die Eisenbahnverwaltung in eine gründliche Prüfung der Löhne der Arbeiter bei den Reichseisenbahnen eintrete. Die Löhne sind a. B. bei den Motorenarbeitern viel zu niedrig. Viele Arbeitsleistungen belaufen sich beim Vorkommen in den Löhnen. Die Arbeitszeit geht meistens bis zu 14 Stunden. Darunter leidet die Betriebsführung.

Abg. Böge (Soz.)

bringt eine Reihe von Beschwerden vor. Beim Sonntagsverkehr werden vielfach Reisende mit Willens dritter Klasse genommen. In Wagen vierter Klasse einzuweisen und die Reisenden der vierten Klasse mühen mit Bekleidungen verkleiden. Die Generaldirektion scheint bisher zu denken, die Reisenden könnten froh sein, wenn sie überhaupt bedient werden. In Goggenau werden eines Tages

in Mücheln auf ein Offiziersheimat

die Wartefolge 1. und 2. Klasse für das Publikum gesperrt. Die Besuchsregeln für die Streckenarbeiter lassen zu wünschen übrig. Neuzeit sind zwei Arbeiter zu Tode gekommen, weil keine Bojen ausgehängt waren, welche vor Personnen der Zuge warnten.

Die Lohnverhältnisse lassen sehr zu wünschen übrig. Durch Herabsetzung der Alfordräge laßt die Verwaltung die Erhaltung der Wagen nicht zu erwarten, so daß die verschiedenen Arbeiterkategorien einen Anteil gehabt haben. (Sitz. hört b. d. Soz.) Wenig Sparjam wird mit dem Material bewirtschaftet, ganz neue Eisenstücke werden zum alten Eisen geworden. Die Verwaltung hat die

Auslösung von Fragebogen verboten,

durch die Material zu Verteilen an den Reisenden geschaffen werden sollte. Dasgegen ist die Verwaltung zu beklagen. In der Zukunft müssen die Arbeiter die Hälfte der Beiträge zahlen, werden sie aber nach 10 bis 12 jähriger Dienstzeit entlassen, so haben sie keinen Anspruch auf Pension, auch nicht auf Zurückzahlung eines Teils der eingezahlten Beiträge. Bei 12-15 jährigen Reichsdienst und 20 Jahren im Dienst werden 120 Mk. verdient, in fünf Monaten 88-120 Mk. Die Arbeiter haben Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit und Erhöhung des Tagelohns auf 4,20 Mk. verlangt; das ist abgelehnt worden. In einer Petition wird von diesen Arbeitern ein Anlagelohn von 3,30 Mk. verlangt, und 4,20 Mk. als Entlohn. Das ist doch wirklich eine sehr bescheidene Forderung. Ganz ungenügend ist es, wenn bei Verhängung einer Ordnungstrafe außerdem auch noch der Urlaub für die ersten drei Jahre entzogen wird. — Wenn Arbeiter in Krankheitsfällen in der Familie nach Hause reisen müssen, sollten ihnen Freifahrtsscheine gewährt werden. Auch die bezügliche Heranzug bei Krankheitsfällen sollte verbessert werden. Kommen die Arbeiter dadurch in Not und reichlich an Unterhaltungslohn ein, so dauert es oft wochenlang, bis sie überhaupt Bescheid erhalten. Durch eine Verfügung wurden die Arbeiter von der Vertüre des Bahngangs der Eisenbahnen und sozialdemokratischen Zeitungen gewarnt und mit Entlassung bedroht. Demgegenüber ist die Verwaltung der Eisenbahnen betreffende Obmann, wegen Dietschitz wurde keine Entlassung erfolgen. (Sitz. hört b. d. Soz.) Das kommt jedenfalls daher, weil die Arbeiter den Schaden, der dadurch entsteht, selbst tragen müssen. Auf der anderen Seite hat die Verwaltung Geld übrig.

Auslösung von Fragebogen verboten,

gegen die Sozialdemokraten unter den Arbeitern zu verbreiten. (Beisitzend Dr. Schulz rügt den Ausdruck: Edelbroschen des Reichstagsverbandes). — Man sagt, die Löhne gehen nicht unter die ortsüblichen Löhne herunter. Aber auf deren Festsetzung übt die Reichseisenbahnverwaltung selbst einen Einfluß aus. 352 der Arbeiter haben nach 2,40 Mk. bis 3 Mk. Tagelohn. Wie soll ein Arbeiter in diesem Lohn leben und kommen? (Sitz. wahr b. d. Soz.) Diese Frage bleiben weit hinter den Löhnen in Privatbetrieben zurück, während die Eisenbahnverwaltung doch als Mißwirtschaft vorzugehen sollte. (Sitz. wahr b. d. Soz.) Der gewaltige Lohn von 3,90 Mk. wird von den Wagenbauern erst nach 15 Dienstjahren erreicht, die Maschinenarbeiter erhalten nach 10 Jahren, die Eisenbahnenarbeiter nach 8 Jahren. Die Werkstättenarbeiter haben im vorigen Jahre ein Gesamteinkommen von 1221 Mk. gehabt. Die Motorenarbeiter gar nur 574 Mk. Dabei betrug die Durchschnittszahl der Familien 5 Köpfe. All dies ist in einer Petition der Arbeiter festgelegt, die die Reichseisenbahnverwaltung eingehend prüfen sollte. Lieber die Vertüre des Bahngangs laßt die Kommission vor, zur Tagesordnung überzugehen, das halten wir nicht für richtig, denn besonders die unten Beamtinnen sind bei der Beförderung sehr schlecht weggekommen. Wir beantragen diese Petitionen der Regierung als Material und die Petition der Arbeiter der Regierung zur Berücksichtigung zu übernehmen. (Bravo! b. d. Soz.)

über die Verwaltung der Reichseisenbahnen v. Breiten

Abg. Breiten b. d. Soz.: Wenn die Verhältnisse der Arbeiter wirklich so schlecht wären, wäre es nicht zu verstehen, daß wir ständig auf der steigenden Konjunktur ein so großes Angebot von Arbeitern bei den Reichseisenbahnen haben. In der Tat hat sich die Verwaltung immer den Verhältnissen des Marktes angepaßt, und es sind ständig recht erhebliche Vorkerbungen erfolgt. Gegen 1906 sind die Personalangaben um 25 Proz. gestiegen, die Verteilungsmittel um um 9 Proz. Das nötigt uns, wirklich auf dem Verstand zu kommen, und die Verwaltung aller technischen Erzeugnisse. Die durchschnittliche tägliche Dauer der Dienstzeit ist ständig zurückgegangen. Auf Verlastung des Personals sind bei uns Eisenbahnfälle nie auszuführen gewesen. In bezug auf den Unfall der Streckenarbeiter, den Herr Böge erwähnt, muß ich leider feststellen, daß in dem Falle der Streckenarbeiter über die Anweisung von Stellen entgegen der Verfügung unterlassen hatte. — Das die Aufhebung der Löhne im vorigen Jahre durch Herabsetzung der Alfordräge wieder eingebracht ist, ist nicht richtig. Zum überwiegenden Teil sind gerade Streckenarbeiter an der Lohnaufhebung beteiligt. Die drei Arbeiter, die eingekerkert bei der Streckenarbeit waren, können nicht befristet werden. Die Sache hatte sie früher nicht, lam aber dadurch an den Rand des Bankrotts. Die Verteilung von Schriften des Reichsverbandes unter die Eisenbahnarbeiter kann ich als unangemessen nicht bezeichnen.

Abg. Böge (natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde und die nicht dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches entsprächen. Ferner klagt Böge darüber, daß der Appell, den er im vorigen Jahre an den Reichstag gerichtet hatte, eine großzügige Revision für eine allgemeine Reichsbetriebsmittelgemeinschaft zu erwirken, ungenutzt verblieben ist.

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)
Und wie steht es mit der Fahrkartensteuer?

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Abg. Carls (fortf.) (Natlib.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Minister v. Breitenbach: Deren Emmel fehlt das Recht, das geltend zu machen, daß die Verwaltung und den Arbeitern ein Vertrauensverhältnis bestehen muß. Daher ist es notwendig, daß die Verwaltung informiert wird, wenn die Arbeiter sich in Verleumdungen zusammenfinden. Der überwiegende Teil der Arbeiter hat dafür auch volles Verständnis. Einflüsse, die sich geltend machen, die Beamten, die in dieser Weise ihre Pflicht erfüllen, als Schlichter bezeichnet werden. (Bravo! rechts.) — Die Aufhebung des Beamten, der die sozialdemokratische Stimmung und Diebstahl in Verbindung brachte, habe ich bereits gemeldet.

Abg. Carls (Natlib.) schießt sich in der Frage des Streikrechts der Eisenbahnen dem Abgeordneten Breitenbach an. Die Majorität der Eisenbahnarbeiter ist gegen ein Streikrecht.

Abg. Emmel (Soz.): Abg. Breitenbach duldet der jüdischen Ansicht, daß wegen des französischen Eisenbahnstreiks den deutschen Eisenbahnarbeitern das Streikrecht genommen werden müsse. Es gibt gar kein besonderes Streikrecht, das man so nennt, ist nur

ein Aussehen des allgemeinen Koalitionsrechts. Derellen irtüchenden Erweiterung duldet der Abg. Carls. Die deutschen Eisenbahnarbeiter haben das bürgerliche Recht, wie die anderen Arbeiter, auch volle und unumchränkte Koalitionsfreiheit. Der Minister sprach in hohen Tönen von der allgemeinen Koalitionsfreiheit der Eisenbahnenverwaltung und ihren Arbeitern beiseite. Wenn dem so ist,

warum denn diese Herabsetzung, diese Beschränkung der Arbeiterverfassungen? Wenn man glaubt, mit solchen Kleinigkeiten Maßnahmen die Sozialdemokraten aus den Eisenbahnen zu entfernen, so irrt man sich. Und wenn der Minister sich über den Ausdruck „Epigone“ beklagt, so erwidere ich: solange man Leute findet, die sich als Epigone bezeichnen zu werden. (Sitz. wahr! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls das Recht nicht nehmen lassen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Der Minister aber ist gut, mit diesem System der moralischen Korruption zu brechen. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit ist der Etat erledigt. Es folgen die Vertreibungen. Einige Petitionen der Eisenbahnarbeiter werden unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Votums auf Herabsetzung zur Berücksichtigung zur Erörterung überwiegen.

Abg. Carls (Natlib.) (Soz.): Ich möchte den Chef der Reichseisenbahnverwaltung einmal fragen, wie er zur Frage der Fahrkartensteuer steht. (Sitz. wahr! links.)

Aus den Nachbarkreisen.

„Sachfänger“

Die Zeit ist wieder gekommen, daß sie von Osten nach Westen ziehen, so auf den Eiken der Großgräber fröhliche und wäulige Arbeitshände geschickt werden. Sachfänger sind, welche von den Häuten unter der Haut, die in den allen Tonarten vom Staate Abhilfe der angehenden Reuten fordern, zu Tausenden ins Land gelockt werden. Aus den südl. preussischen Provinzen (sowie aus Ostpreußen und Galizien) kommen jetzt täglich ganze Ertragsziele, vollgepackt mit Menschen, die den Sommer über auf den Unterjochern fort arbeiten müssen. Fallenberg, Halle, Wittenberg sind die Unladepläze für die von unseren Patrioten so geschätzte Menschenware. Abgerissene, arbeitstrümmer Gestalten sind es. In allen Lebensaltern kommen sie, Männer und Frauen. Ihnen allen fehlt etwas Schönes, Gedultes an; eine fahrlässige Unhöflichkeit hält jede ihrer edigen Bewegungen in bangeu Mann. Die Männer mit den wackeren, blauen Augen, deren Hälften trafen schwerfälligen Ganges in hohen Stiefeln einher. Die Frauen und Mädchen tragen das für den Skandinavien Charakteristische weisse oder bunte Kopftuch. Unentzerrlich von jedem ist irgend ein Gepäckstück: Auf dem Rücken schlüpft die eine einen schweren Sack; Wäsche, Kleidungsstücke, Bettzeug oder irgendeine andere Gabeligkeit. Hüften mit großen, schwarzen Eisenstrammen tragen die Männer unter dem Arm. Oder zwei von ihnen ziehen an einem buntemalten, trübsinnigen Rucksack. Auch die Kinder sehen mitunter nicht. Die ganze kleine schlüpft die Mutter in einen Bündel auf dem Rücken; die größeren werden an der Hand hinterher gezerrt. Auf den Bahnhöfen bemerkt man einzelne Karawannen, die sich scheu um den Regen drängen; der sie nach ihrem Bestimmungsort geleitet. Dort sind die Vermittlungsstellen, wo sie ankommen. Sie sind sehr von einem blassen, schmerzhaften und harten in das ungewohnte Gesicht. Zur Zeit wecheln sie ein paar Worte. Sie fühlen sich unfrei, beengt, fremd. Das Begehren nach besserem Verdienste hat sie von der heimatischen Scholle getrieben. Nun gehen sie dem Unbekannten entgegen. Eine Woge hat sie ergriffen, sie vom Osten nach dem Westen getragen. Wenn diese Welle nach beendeter Arbeit im Herbst wieder zurückflutet und sie wieder in den Schoß der Heimat fließt, dann werden sie sich sicherer, ungekündeter fühlen. Denn sie werden nicht nur einiges Geld heimtragen, sondern auch erweiterte Kenntnisse von Menschen und Dingen — und vielleicht auch neue Lebensanschauungen, neue Hoffnungen, neue Ziele!

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Abg. Carls (Natlib.) befürwortet sich über die Umleitungen beim Güterverkehr durch die Bahndirektion geschädigt werde

Wahlfest. Der Regierungspräsident hatte nun gemäß einem Vorberedat aus § 8 des genannten Gesetzes in Verbindung mit dem Polizeiverordnungs- und die Polizeibehörden, soweit es sich um die städtischen Polizeibeamten handelte, selber anderweitig fest und verfügte Anwartschaften, als die Stadtratsordnungen bei ihrem Wirksamwerden blieben. Die Lage der Stadtratsordnungenverpflichtung hierzu geht schon vor einiger Zeit vom höchsten Verwaltungsgericht abgehandelt worden. Am 28. März handelte es sich nun um alle anderen städtischen Beamten. — Hinsichtlich ihrer hatte gemäß § 11 des Gesetzes über die Verhältnisse der Kommunalbeamten der Verzichtsausschuss in Vererbung durch einen Verkauf des Gehältes nach dem, noch über die Magistratsvorläufe hinausgehenden Anforderungen der Regierungspräsidenten höher normiert. Und die Beförderer wies der Verwaltungsrat ab. Als die Stadtratsordnungenverpflichtung auch hier bei ihrem Wirksamwerden beharrte, griff der Regierungspräsident ebenfalls zur Mangestatistika. Die vom Verzichtsausschuss beschlossene Erhöhung sollte zugunsten in den Etat eingeführt werden.

Die Stadtgemeinde, vertreten durch die Stadtratsordnungenverpflichtung, klagte auf Aufhebung der Mangestatistika. Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber diese Klage am 28. März ab. Nachdem es schon einen entsprechenden Vorbescheid erteilt hatte. Begründung wurde angeführt: Ob die Erhöhungen, wie sie der Verzichtsausschuss mit Zustimmung des Provinzialrats beschloß, notwendig und zurecht gerechtfertigt seien, darüber habe nicht der Verwaltungsrichter zu befinden. Das sei zur Aufgabe jener Behörden gemeint. Das Ober-Verwaltungsgericht habe nur darüber zu befinden, ob das ganze Vorgehen ein gesetzmäßiges gewesen sei. Das sei aber der Fall. Insbesondere sei es unbedenklich, daß man eine Trennung zwischen Gehalt und Wohnungsgeld vorgenommen habe. Das Wohnungsgeld könne als Teil des dienstlichen Einkommens angesehen. Ferner hätten auch die Betriebsbeamten der städtischen Betriebe durch den Beschluß des Verzichtsausschusses, deren auch auf Betriebsbeamte der Kommune finde das Kommunalbeamten-Gesetz Anwendung. Somit füge die Mangestatistika auf gesetzmäßiger Grundlage, wie in anderer, so auch in dieser Beziehung.

Das jährliche Mehr an Ausgaben für Beamtenbesoldungen betragt jetzt nach diesem Urteil 35 000 M.

Eine Kreisrenten-

des Wahlkreises Sangerhausen-Garzberg fand am Sonntag in Sangerhausen statt. Der Vorsitzende Gen. Hoff gab nach Begrüßung der Delegierten den Selbstbericht. Das wichtigste, so führte er aus, war die Erarbeitung über die Erhöhung der Beiträge von 30 auf 40 M. Das Resultat ergab die Ablehnung der Erhöhung. Da eine Erhöhung der Beiträge notwendig ist, wird aber die Beitragsverhöhung unmöglich sein. Der eingeführte Konvention zur Schaffung eines Reichstagsabkommens geht zurück. Die Ergründung von Versammlungsräumen im Kreise ist noch mit viel Schwierigkeiten verbunden. Es muß versucht werden, in der kommenden Zeit Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Ferner wünscht Redner, daß die Kreisrenten nicht nur als Zuschuß vorstehen und über alle Vorformeln berichten. Ebenfalls müßten die Vereinsverpflichtungen interessanter gestaltet und die Landarbeitnehmer mehr gefördert werden.

Der vom Kassierer gegebene Bericht zeigt eine Steigerung der Mitgliederzahl. Auch sind die Anwesenheitsverhältnisse besser geworden. Die Kreisrentenverteilung brachte 14 000 M. Von politischen Zielen blieben einige Orte nicht berührt. In der Diskussion wurden noch einige Wünsche über Organisation und Agitation geäußert. Der Vorstand verspricht, dieselben zu berücksichtigen.

Ueber die kommenden Reichstagswahlen referierte Genosse Wiedemann. Redner führte etwa aus: Ernste Zeiten stehen der Arbeiterklasse bevor. Wie dem drängt sich das Gefühl auf. Wie fallen die kommenden Reichstagswahlen aus? Die Arbeiterklasse wird zum erstenmal bei den Reichstags- und Volksentscheidungen. Redner gab nun einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung Deutschlands, in der die Arbeiter stets das Beste in Händen gehabt und immer versucht haben, die emporenten Arbeiterklasse niederzuhalten. Den Kämpfern fehlte die Regierung mit samt ihren Beamten wenig zur Seite. Trotzdem führt die gewerkschaftliche und politische Organisation rüstig vorwärts mit Millionen von Anhängern haben sie. Die Ideen des Sozialismus bringen in die entlegenen Winkel ein. Die Kraft des Proletariats hat sich bei den stützenden Klassen gezeigt. Aber immer die Arbeiterbewegung wächst, desto mehr werden die Gegner unfer Arbeit zu unterbinden. Nach einer Wahlparole wird schon lang gefehlt. Das Reichstagswahlrecht ist jetzt nach dem Wahlrecht und Wahlkreis. Die Arbeiterklasse nun die mächtigsten Demonstrationen, die zur Gründung des Reichstagswahlrechts für den Landtag dienen sollen und meinte, daß der Kampf für die Verwirklichung des eigenen Wahlrechts die Grundlage zur Reichstagswahl bilde. Deshalb muß der Unterabdruck gebrochen und für die Gründung der Demokratie gekämpft werden. Redner erklärte die Wichtigkeit der Reichstagswahl, die zum erstenmal als Volksentscheid in der Welt als Volksentscheid, die man bei keiner Wahl als Bundesgenossen betrachten könne. Die Sozialdemokratie ist auf sich selbst angewiesen. Deshalb müßten die Organisationen gestärkt und die Massen aufgestellt werden. Der jetzige Vertreter des Kreises, Herr Scherze, hat sich nicht gekümmert, trotz der wirtschaftlich schlechten Lage der Arbeiterklasse für eine weitere Volksbewegung zu sorgen. Hund 28 Prozent der Wähler haben im höchsten Kreise für einen Sozialdemokraten gestimmt. Und jeder seine Schuldigkeit, wird der Kampf einseitig geführt, werden unsere Grundzüge und Ziele noch mehr in die Massen getragen, dann wird das Resultat im nächsten Wahlkampf ein gutes sein. Es ist nicht ein Kampf um Reichstagsmandat, sondern ein Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse von ihren Fesseln. Ein frühzeitiger Sieg muß durch die Bewegung gegen den Wahlkampf vorüber, dann müßten wir folgen können, wir haben unsere Schuldigkeit getan. (Beifolger Beifall.)

Es folgt Aufstellung eines Reichstagskandidaten. Der Vorsitzende bemerkt, daß der Genosse Wiedemann infolge seiner Ueberlieferung nach Wien die Kandidatur niedergelegt habe. Der Vorstand schlägt als Kandidaten den Genossen Wiedemann vor. In der Diskussion wurden sich alle für Weiteren aus. Bei der Abstimmung wurde Genosse Wiedemann einstimmig als Reichstagskandidat nominiert. Genosse W. verabschiedete seine Schuldigkeit, er will alles einleiten, um die Bewegung im Kreise vorwärts zu bringen. Nicht aus Ehrgeiz, sondern im Interesse der Partei nehme er die Wahl an.

Unter Beifall der Versammlung wurden einige Vorarbeiten zur Bewegung gemacht. Ferner beschlossen, daß jedem Vertrauensmann ein Exemplar der Arbeiterzeitung unentgeltlich zugewandt wird. Ferner wurde gewünscht, daß eine Gemeindevorstandskonferenz stattfinden möge, in der ein Vortrag über unser Kommunalprogramm gehalten wird. Der Vorsitzende schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie die Konferenz.

Steden. Gemeindevorstandstreffen. Zur Beratung stand zuerst die Gemeindevorstandstreffen. Hierzu wurden die von der Regierung angeordneten Bestimmungen, nach kurzer Debatte wurde einstimmig beschlossen, bis die Genehmigung durch die Regierung vorliegt, das alte Briefblatt für Klasse 1-2 208 mit für Klasse 3 und 4 175 Prozent beizubehalten. Von Vorberichter wurde ein Antwortschreiben für die niedrigen Lohnwerte bekannt-

gegeben, aus dem hervorgeht, daß die Werte es abnehmen, die gewerbliche jährliche Arbeitslohnsumme für einen Arbeiter, aber die Arbeitslohnrate in Höhe von 750 Mark zu zahlen. Bei der Gemeinde mit einer einmaligen Lohnsumme von 800 Mark nicht zurechnen, so möge das Verteilungsverfahren eingeleitet werden. Es wurde beschlossen, einen Anwalt mit der Sache zu betrauen. Nach diesem Beschlusse schloß die Sitzung.

Reinhold. In das achtzehnte Solange die Rechtehaber der Mansfelder Gewerkschaft für teures Geld das Vergütigen zu zurechtfinden lassen, dürfte noch kein Name erschienen sein, wo nicht meist weisheitsvolle, schiefer Kontrollierbare Schauergerüchten über Unterlassungen von Gehältern und den reichsten Schächten aufgelistet worden wären. Es ist immer ein Leichtes, die alle acht Tage wiederkehrenden Forderungen zu unterzeichnen. Man möchte meinen, daß der Vergütige die Verpflichtung hätte, die terroristischen Gewalttäter der Mansfelder Grubenbezogen zu bombardieren; deuen genug hat er's ja. Aber das würde ja seinen unabweisbaren Zwecken zuwiderlaufen. Bei dem eifrigen Suchen nach sozialdemokratischen Sünden übersehen die reicheren Reimleiter alles, was ihrem eigenen Lager vorgeht, wie aus folgendem wieder klar ersichtlich ist.

Schon vor einiger Zeit ist der Oberzog Naumann von der Gedächtnisliste furerhand aus den Diensten der Gewerkschaft entlassen worden. Man ludt die Spätlichen des Vergütigen nach, um zu erfahren, was viele reichere Ordnungsleute zum Vergütigen nicht wissen, nämlich, daß die unterrichtenden Gründe für zurechtfinden halten. Da wird es doch ein eigenartiges Bild auf die herrschenden Wortenabschwämmen im Mansfelder, wenn in Erinnerung gebracht wird, daß der Vergütige in seiner Nummer drei in einem Artikel, der gegen Oberzog Naumann erhobene Ansprüche verteidigte, folgende Worte schrieb: Die Direktion der Gewerkschaft weiß, daß sie eine pflichtige und pfllichttreue Beamtenenschaft besitzt. Ja, ja, mit der „Pflichtigkeit“ hat es manchmal eine eigentümliche Verwandtschaft. Der obensagte Oberzog Naumann war ein jeder Mansfelder Beamtenums — seinen unentgeltlichen Leistungen gegenüber unterzeichnete er sich insofern gegenüber, daß er sich nicht vor Konkrete über die Hälfte um einen Pfennig handelt, ist kaum anzunehmen, daß die Affäre nach ein Nachspiel haben dürfte. Wäre es ein Arbeiter gewesen, der ein Stück Geld mitgeben hieß, dann würden gleich alle Organe der Staatsautorität in Bewegung gesetzt. Die Sache dürfte sich friedlich erledigen, wie die Unterzeichnung gegen die „sozialdemokratischen“ Kirchenführer Kaufmann und Dittmar in Dübit.

Daß der Ehrenschuld des Oberzogs nicht so blank ist, geht auch daraus hervor, daß er schließlich sein Stadtratsmandat niederteigte. In der letzten Stadtratsordnungsversammlung warf sich der Oberzog nicht zu seinen Verteidigern auf, indem er behauptete, Naumann habe seine Stellung nur infolge der Gehässigkeit, er an dem Tag, an dem er die Arbeit zum Pöbel bringen mußte. In diese Behauptung auftretend, dann haben sich die Mansfelder Drahtzieher den Naumann selbst befohlen, nämlich durch die schematische Führung von schäbigen Epielen und feigen Denunzianten. Die Wahrheit, die man rief, wird man jetzt nicht hören.

Gerichts. Wenn zwei daselbe tun. In den besagten Verhandlungen wurden die Bestimmungen, die man beim Verfe der antienten Bekanntmachung erinnert, der Bürgermeister Herbold erklärt. Im höchsten Maße seien sie nämlich:

Verpflicht. Militärbefreiung. Denjenigen Militärbefreiung der umliegenden Ortsschaften, welche zu dem am 30. und 31. d. M. in Gerichte stattfindenden Währungstermin in geschlossenen Zuge mit Musikbegleitung in dieses Stadt einmarschieren wollen, wird dazu die Erlaubnis hiermit erteilt.

Gerichts. den 24. März 1911.

Die Polizei-Verwaltung. Herbold. Die Fürsorge ist möglich rührend. Die jungen Leute brauchen sich nicht einmal nach dem Rathaus zu bemühen, um die zur Ausführung des wüsten Stellungspolizes die nötige Genehmigung einzuholen. Eine volle Woche vorher sind ihnen die Erlaubnis in den Büchereien der angelegenen Karte zu beschauden und loszuspausen. Wenn aber die Arbeiter Arbeiter einen geordneten Umgang verhalten wollen, dann ist die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet. Die proletarische Jugend sollte lieber einen Trauerfilm ansehen, als den vollkommenden Militarismus durch Standalumszüge zu verherlichen.

Sangerhausen. Zum Bau der Garzbasen von hier nach Sangerhausen hat der kürzlich hier stattgefundenen Kreisrat die Summe von 150 000 M. bewilligt. Unter den drei Stimmen, die sich gegen den Bau der Bahn auszusprechen, befand sich auch die inzwischen veruntümte des Bürgermeisters Rempel in Stollberg.

Veringen. Der patriotische Frohmannsriegel zwischen den hiesigen Kriegervereinen und ihrem Ehrenmitglied, dem Bürgermeister Versteins ist noch nicht erledigt. Die gekündigten Parteien wenden sich gegen den Verein. Auch ist ein Verhandlungsbericht mit einer Erklärung, in der nachgewiesen wird, daß es sich um ein genehmigtes und patriotisches Verlangen gehandelt habe, denn der Uebertritt habe den Kriegervereinen zugute kommen sollen. Nicht richtig wird gesagt: Das eine solche Veranstaltung... unparitätisch wird, wenn sich Bürger u. Frauen von Veringen, welche nicht Soldaten gewesen seien konnten, bei den Vereinen verbinden. Auch ist es nicht zu, daß der Bürgermeister die Veranstalter vor Strafe habe schützen wollen, denn er habe doch den Befehl gegeben, einen Kameraden, mindestens den, der zuletzt das Lokal verlass, zu verhaften und auf dem Rathaus einzusetzen.

Uns kann gemäß dieser Frohmannsriegel der patriotischen Schauer gleichgültig sein, er verdient aber ein bewußten Erwähnung, weil er charakteristisches Zeugnis dafür ist, wie es selbst die kleinste Behörde versteht, ihre dehnstische Natur dem Volke fühlbar zu machen. Das verbotene Verlangen der Kriegerverein wurde übrigens nimmer erlaubt, es fand am 26. d. M. statt. Es zeigte sich dabei, daß der Kreisrat den patriotischen Papieren in untern kleinen Ständen inzwischen rasch gefunden ist.

Deißau. Grauenhafte Raubtaten. Leutscher Turner. Wegen gemeinsamen Raubtatenstrichs und gemeinschaftlicher Körperverletzung sind von der Holleschen Strafkammer die Gebrüder Paul und Max Schröder und der Schneider Wilhelm Simon verurteilt worden, und zwar Paul Sch. zu zwei Monaten und einer Woche, Max Sch. zu einhalb Jahren und 2. zu neun Monaten Gefängnis. Paul Sch. ist noch in der Untersuchung. Auch ist es nicht gelungen, in der Nacht am 18. September d. J. in Deißau nach einem Turnerfest den Maurer Paul Deißau, der bei seinen Eltern in Deißau wohnte. „Den Hund schlagen wir heute noch tot!“ riefen sie und trützten sich auf ihr Opfer. Es regnete Ruchtrite und Raufschläge. Auch drangen sie ins Geschäft ein und mißhandelten die dortigen Besatzungen, die dann demnächst seiner Eltern D. dort fest genommen wurden. Ein dritter, der bei der ersten Raubtate teilgenommen hatte, behielt sich bei der ersten Raubtate einen Messer. Simon entschloß sich, Deißau erhielt außer zahlreichen Beulen und Schrammen fünf Messerwunden in den Kopf. Auch seine Mutter bekam bei ihren Ansehungsverlust einen Schlag in die Hand. Der Vater des Ueberfallenen wurde ebenfalls gefesselt und auf Boden gedroppt. Die beiden Verurteilten wurden nach Deißau geschickt, das Urteil Revision beim Reichsgericht einzulegen, die am Montag aber verworfen wurde.

Kriegs. Ueberfahren und getödtet. Am Montag nachmittags ereignete sich auf dem Wege von Ronin nach Sandersdorf ein schreckliches Unglück. Der Geküdrührer Gust. Jände von der Grube Bergmanns wurde, da seine Wunde durchgingen, aus dem Wagen geschleudert und überfahren. Auf dem

Transport nach dem Krankenhaus erlag der Verunglückte seinen schweren Verletzungen. Der 45 Jahre alte tote hinterläßt eine Frau und vier unversorgte Kinder.

Zorgau. Vom Rathaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Stadtratsordnungsversammlung wurde das Ansehen des hiesigen in Halle verlebenden früheren Bürgermeisters Horn in üblicher Weise geehrt. Der Verlebende wies sich bei den hiesigen Honoratioren ziemlich unliebt gemacht haben, denn der Vorsitzende betonte, daß die Gründe seines Weges nicht gerade erfreuliche waren. Auf der Tagesordnung stand nun glücklicherweise am dritten Male der Vertrag des Elektrifizierens der Stadt durch die Elektrifizierungsgesellschaft. Die Schlichterin ändert fortgesetzt die Beschlässe wiederum und die Stadt muß immer lein zugeben. Es handelt sich jetzt nur noch um Einzelheiten. In der letzten Sitzung lag bereits ein gedruckter Vertrag vor, der sich wenig an die Beschlässe der Stadtratsordnungsversammlung hielt. Zunächst wünscht die Gesellschaft, daß festli Wochen, als das Werk nach dem 31. Dezember 1911 fertig wird, auch der Vertrag festli länger lauten soll. Da aber am 31. Dezember 1921 der Bauvertrag mit der Gasanstalt abläuft, so sollte zu gleicher Zeit auch dieser Vertrag ablaufen. Die Versammlung beschloß auch in diesem Sinne. Die Gesellschaft wünscht ferner, daß die Nachnahme nicht überließlich, sondern nur jährlich gemacht werden soll. Der Vertrag enthält ferner den Vorbehalt, daß über die „Reinheitsgehalt“ der Erweiterung der elektrischen Anlage, sobald eine Einigung mit der Stadt nicht erfolgt, ein Schiedsgericht entscheiden soll. Das Wort „Reinheitsgehalt“ wird nach längerer Debatte gestrichen. Die Gesellschaft will ferner feinerer Beschlässe abgeben. Die Versammlung stimmte ungetriggerte Weise dem Wunsch ebenfalls zu. Für diejenigen Interessenten, die sich erst nach dem 1. Juli anschließen, sollen Extrabestimmungen festli greifen. Das Minimum für die Anschlussgebühr beträgt für fünf Kilometer 30 M. Nach diesen Änderungen wird die Gesellschaft der Vertrag genehmigt. Ferner hat das Kriegsministerium einwendig entschieden, daß es mit dem Bau einer Striegelschule in Zorgau nichts wird. (Die armen Soldaten!) Die Eisenbahnverwaltung wolle teilt, daß für Zorgau zwei neue Personenzüge vorgesehen sind, und zwar fährt der erste 5:35 Uhr früh von Halle und 6:05 Uhr von Leipzig weg und in in Zorgau 7:35 Uhr. Der andere geht von Zorgau ab abends 9:25 Uhr und ist in Leipzig 11 Uhr und in Halle 11:35 Uhr abends. Die Dampfbräueri Karlsruhe u. Jacobis erucht, den Hausstrunk, den ihre Angestellten bekommen, von der städtischen Bierabgabe zu befreien. Dem Eruchen wird zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit machte der Polizeikommissar Hain die Mitteilung, daß in letzter Zeit durch betrügliche Nachzahlung sich mehrere im Bezirk befindliche Firmen wurden leider nicht genannt. In nächster Zeit wird sich eine öffentliche Vollstreckung mit der Wirtschaft auf dem Rathaus befallen.

Wohnst. Die Gemeindevertreter erlebten in ihrer letzten Sitzung folgende Tagesordnung: dem Waidwäcker wurde auf seinen Antrag eine Zulage von 50 M. pro Nachtmade gewährt, so daß er nimmere 230 M. bezieht. Der Gemeindevorstand soll unter vier Wochen die euerliche Wahlrevue in der Gemeindehause für 1911/12 in Höhe von 200 M. Zuschläge erhoben werden. Es schloß in Ernahme und Ausgabe mit 56 000 M. ab. Einer Familie wird im Armeubau eine Wohnung überlassen. Ferner wurde die Wasserfrage wieder angedenkt und mehrere Beschwerden vorgebracht. Außerdem wurde noch Scherzere geäußert, daß das Wasser aus dem Gemeindehause zu Scherzere wegehoht wird, was nimmer verbietet werden soll. Das eine Wasserrot herrscht, wurde vom Direktor Strunk bekräftigt. Zum Schluß erklärte der Ortsvorsteher, sich nochmals betrefis der Wasserrot an den Regierungspräsidenten wenden zu wollen.

Widerleben. Gemeindevorstandstreffen. Bei Übergang der Wasserarbeiten für die Schultstraße erhielt den Zuschlag der Steinmetzerei Dertzen-Wittenberg für den Betrag von 382,50 Mark. Die zur Verpflegung der Straße nötigen Linden sollen von Verthe-Annaburg für 150 M. das Stück bezogen werden. Für den zu errichtenden Leiters- und Regenrinne erhielt der Baumunternehmer Elze, welcher das größte Angebot hatte, den Zuschlag für 885,25 M. Die Kosten für die Anlage des neuen Gemeindehausestaus für 1911/12 auf rund 48 000 M. in Ernahme und Ausgabe festgelegt. Der Etat der Schule erfordert allein 25 000 M. Eine solche Defizit ist mit eingerechnet. Der Ankauf von sechs Konten zum Umbau der Vadeanstalt wird angeteilt. Ferner erklärt sich die Vertretung damit einverstanden, daß der Arbeiter Schmidt 45 M. für ein Jahr Gehalt abgeben, daß die Militärarbeiten für den Schulhof wegen des Mangels an gelben Minkereisen verijoden werden muß.

Widerleben. Gemeindevorstandstreffen. Die Leute luden mit besonderer Vorliebe Arbeiterlokale auf, um Handel anzulegen. Die Arbeiter sollten sich aber nicht wozusetzen. Die Arbeiter können einige nur den Fremden in den Lokal an der Großer Straße in der oben Abicht, eine Schlichterei mit den andern Wästen anfangen. Die Gäste, meist Arbeiter, zeigten aber wenig Lust, sich mit solchen Leuten herumzumischen. Die nützlichen Elemente gerieten dann selbst in Eretz und gerieten sich gegenseitig das Leder. Das war schließlich nicht so unvernünftig.

Widerleben. Einem Verbrechen auf die Spur gekommen. Der im Jahre 1908 als Selbstmörder begrabene Landwirt Schwannack in Waderleben ist, wie jetzt festgestellt worden ist, keineswegs todt worden. Nach dem Tode des Verlebten im Jahre 1908 arbeitete er in der Grube und der 22 Jahre alte Arbeiter Ulrich, der beim Regiment 66 in Magdeburg dient. Wie der eritere gestanden hat, sind die Verbrechen des Nachts in die Wohnung des E. eingedrungen, wo sie ihn erschloß, und um einen Selbstmörder vorzutun, am Bettvorhang aufgehängt haben. Die ganze Beute hat angeblich 24 Pfennig betragen.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Null).

Ort	Wasserstand	Zeit	Veränderung	Wasserstand
Wern, Oberpegel	27. März	+0.69	28. März	+0.68
Wern, Unterpegel		+2.16		+2.16
Wern, Unterpegel		+1.50		+1.48
Wern, Oberpegel		+2.62		+2.62
Wern, Unterpegel		+2.08		+2.16
Wern, Oberpegel		+2.46		+2.47
Wern, Unterpegel		+1.70		+1.75
Wern, Oberpegel		+1.30		+1.37
Wern, Unterpegel		+1.68		+1.62
Wern, Unterpegel		+1.10		+1.08
Eise.				
Wern, Oberpegel	27. März	+1.10	28. März	+0.98
Wern, Unterpegel		+2.02		+2.18
Wern, Unterpegel		+2.17		+2.89
Wern, Oberpegel		+2.75		+2.25
Wern, Unterpegel		+2.37		+2.43
Wern, Unterpegel		+1.92		+1.96

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Gute A. 2. Von einer fidelem Konfirmation, Eisenortstraße 29, Nr. 20.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Geschäftsstelle der Redaktion von 3/12 bis 3/1. Hg.